

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. Mai 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Genossen! Seht die Wählerlisten nach!

Wer irrtümlicherweise nicht in der Wählerliste steht und es unterlässt, bis zum 25. Mai seine Eintragung zu veranlassen, geht seines Wahlrechts verlustig!

Neben dem Brotwucher.

Fünf Jahre. XIV. *)

So wenig wie die Justizhausvorlage ist auch der Agrariertarif eine einzelne meteorartige Erscheinung. Die jene ist auch dieser von einem ganzen Schwarme typischer Begleiterscheinungen umgeben, und erscheint so desto deutlicher als der Ausdruck eines ganzen Systems. Mehrmals haben die Agrarier in großen und erbitterten Kämpfen die wirtschaftlichen Interessen des Großgrundbesitzes zur Geltung gebracht, ehe die Hauptentscheidung fiel.

Das Fleischbeschau-Gesetz, das die verbündeten Regierungen dem Reichstage am 17. Februar 1899 vorlegten, beschäftigte sich gleichmäßig mit Schutzvorkehrungen gegen verdorbenes Fleisch des Inlandes wie des Auslandes. Für das Inland schrieb es die Kontrolle der Hauschlachtungen vor; die Bestimmungen, die die ausländische Fleischzufuhr betrafen, waren allerdings so allgemein abgefaßt, daß ebensowohl ihre loyalste Handhabung im Interesse der Volksgesundheit wie ihre Verwendung zu allen möglichen heimatspolitischen Chikanen möglich sei. Immerhin trat der Regierungsentwurf noch unter der Maske eines reinen Gesundheits-Gesetzes auf. Sache des Reichstages wäre es gewesen, im Interesse der Krankheitsverhütung, aber auch nur in diesem Interesse, das Gesetz umzuformen und auszugestalten. So wollten es auch die Socialdemokraten. Aber die agrarische Reichstagsmehrheit verwandelte ohne viel Fauleben das Gesetz zur Förderung der Gesundheit in ein Gesetz zum Schutze der nationalen Trübsinn.

Im Reichstage wurde das Volk darüber belehrt, daß eine besondere Kontrolle der Hauschlachtungen eine Weisung für die vaterländischen Ochsen und Schweine bedeute, daß aber alles, was an Fleisch und Fleischwaren aus dem Auslande komme, höchst bedenklich und gefährlich sei. Die Kommission schränkte darum die Kontrolle der Hauschlachtungen wesentlich ein und strich die obligatorische Zeichnungspflicht. Dagegen wollte sie die Einfuhr von eingepökeltem Fleisch (ausgenommen Schweinefleisch, Speck und Därme), von Wurstfleisch und Würsten sofort, vom 1. Januar 1904 ab überhaupt die Einfuhr von Fleisch verbieten!

Die Regierung wollte eine solche einschneidende Veränderung unserer Handelsbeziehungen zum Auslande nicht ohne weiteres auf sich nehmen, und so kam es zu langwierigen Verhandlungen, in denen endlich die mittlere Linie des Fleischentziehungs-Gesetzes gefunden wurde. Die Einfuhr von Wurstfleisch und Wurst wurde rundweg verboten, die übrige Fleischzufuhr nur unter beschränkenden Bedingungen gestattet, die zum 1. Januar 1904 neu zu regeln sind. Diese gesetzlich notwendige Neuregelung wird von den Agrariern des nächsten Reichstages wieder zu einem neuen Vorstoß benutzt werden, um die Einfuhr von Fleisch nach Deutschland überhaupt zu verbieten. Und das alles im Namen der Volksgesundheit!

Ganz wie beim großen Brotwucher-Gesetze hatte sich auch hier eine Gruppe der unverschämlichen Agrarier von der Verständigung fern gehalten und mit Nein gestimmt, sobald die sichere Mehrheit für den Kompromißantrag vorhanden war. Ehrlicher Mäcker war natürlich das Centrum. Herr Reichsrichter, der bayrische Hopfenkönig, mußte des Alphabets wegen schon damals seinen Namen in die Stirma setzen. Aus der Reihe der Gesundheitswächter, die für diese lex Reichsrichter in namentlicher Abstimmung ihr Votum abgaben — nachdem Herr v. Kardorff die Debatte quillotiniert hatte, seien einige Lieblinge des Volkes in empfehlende Erinnerung gebracht: Graf Arnim mit der Säuerphantasie, Wagem, der Wahrheitsapostel, Graf Vallestrom, der Hüter der Geschäftsordnung, sein Gehilfe Wasing, Dasha, das Geschäftsgenie, v. Frege, der nie blaß wird, der Kolonialfreund Hasse, der Parade-Socialpolitiker und Wahlfreund Hise, der starke Mann v. Kröger, die Herren Kröber, Sattler, Graf Dönhoff, Kropatsch, Fürst Herbert Bismarck, Wasserhoff, Paasche... Welch reicher Himmel, Stern bei Stern; wer kennt nicht ihre Namen? — Nicht agrarisch genug war das Gesetz nur den antisemitischen Vertretern des kleinen Mannes, aus diesem Grunde finden wir Herrn Liebermann v. Sonnenberg, Herrn Paasch und Konjorten unter den Gegnern des Entwurfs. Im großen ganzen war es also so ziemlich dieselbe Komödie wie dreißig Jahre später! —

Ein Jahr nach dem Zustandekommen des Fleischwucher-Gesetzes finden wir dieselbe Gesellschaft wieder beisammen und um das Wohl der landwirtschaftlichen Dramatendbrenner im höchsten Grade besorgt. Es handelte sich um das Schicksal der Brennsteuer, einer Steuer, die nicht der Reichskasse zu gute kommt, sondern zu Liebesgaben verwendet wird. In Form von Prämien wird sie für die Ausfuhr von Spiritus nach dem Auslande und für die Denaturierung von Spiritus im Inlande ausbezahlt. Da von den ostelbischen Kartoffelbrennern weniger an Brennsteuer gezahlt wird, als sie in Form von Prämien herausbekommen, stellt sich auch dieses Gesetz als Liebesgabengesetz für die Großgrundbesitzer dar.

Dieses Gesetz lief am 1. Oktober 1901 ab und sollte im Frühjahr desselben Jahres nach dem Mehrheitsbeschlusse des Senioren-

konvents auf ein Jahr verlängert werden. Die Inseljunker aber, damit unzufrieden, überstürzten den Reichstag knapp vor den Ferien mit dem Antrage, die Verlängerung solle gleich auf zwei Jahre ausgesprochen und die Steuer um 50 Proz. erhöht werden. In zweiter Lesung am 19. Mai war dieser Antrag angenommen worden.

Am Tage der dritten Lesung, den 15. Mai, hatte der fürsorgliche Graf Vallestrom die Sitzung schon um 9 Uhr morgens einberufen. Trotzdem gelang es nicht mehr, ein beschlußfähiges Haus beisammenzubekommen. Nach ausführlichen Erörterungen unserer Genossen Singer, Wurm und Stadthagen und nach dem Ausmarsche der Linken blieben nur 108 Mann im Saale zurück; eine Stimme fehlte zur Beschlußfähigkeit. Vergebens kam endlich als Hundertundneundneunzigster Herr Stöder herangelaufen; es war zu spät — das Liebesgaben-Gesetz war schon verchieden!

Nach einer düsteren Zeit der Prämienlosigkeit holten die Schnapskrieger das Versäumte nach. Im Jahre 1902 kam es dann tatsächlich zu einer Abänderung des Brennsteuer-Gesetzes im Sinne der ostelbischen Agrarier. Da die Branntweinerzeugung im Inlande durch Kontingentierung, gegen das Ausland durch Zölle geschützt ist, die erst im Jahre 1901 wieder erhöht worden, da zudem Prämien und Liebesgaben reichlich gewährt werden, ist der Spiritusdring tatsächlich Herr in seinem Hause. Das ist die Heimatspolitik des Inlands, wie das Fleischbeschau-Gesetz die Heimatspolitik der Trübsinn ist.

Das Tollste aber vielleicht, was die reichsdeutsche Gesetzgebung in den letzten Jahren geleistet hat, ist für die Interessen der Zuckerraffinerien geschehen. Ihnen zu Liebe wurde der technische Fortschritt zu Boden geschlagen und eine ganze Industrie erkürrt. Am 11. Juni 1902 hat das agrarische Kartell im Reichstage ein Süßstoffgesetz angenommen, das die Herstellung von Süßstoff abhängig macht von der Ermächtigung der Regierung und die bisherige Inhaber von Süßstoffabriken aus Reichsmitteln für die Einziehung oder Einschränkung dieser Ermächtigung entschädigt. Nach diesem Gesetze ist verboten die gewerbliche Herstellung, die Einfuhr, der Verkauf von Süßstoff und süßstoffhaltigen Nahrungsmitteln.

Die künstlichen Süßstoffe, insbesondere das am meisten verbreitete Saccharin, sind nach allgemeinem Urteile der Sachverständigen durchaus unschädliche Genußmittel. Sie sind so unschädlich wie Thee oder Kaffee, sicher aber unschädlicher als Kartoffelsprit. Gegenüber dem Jucker haben sie allerdings den Nachteil, daß sie nur seinen Geschmack besitzen, nicht aber seinen Nährwert. Sie sind wertvoll für jene Kerntsen, die sich den teureren Jucker nicht leisten können, und sie sind ferner eine unschätzbare Waffe in der Hand der Konsumenten, weil ihr bloßes Vorhandensein und die Möglichkeit ihres Gebrauches den Jucker zur Konkurrenz zwingt und seinen Preis niedrig halten muß.

Diese Freunde der Allerärmsten, diese Preiswächter auf dem Zuckermarke sind von den Jucker-Agrariern des Reichstages als mißliebige Konkurrenten durch ein brutales Verbot einfach totgeschlagen worden. Mit dem gleichen Rechte könnte man die Textilindustrie verbieten, weil die Handweberei solider arbeitet, oder die Eisenbahnen, weil es sich mit dem Postwagen gemüthlicher fährt. Mit dem gleichen Rechte könnte man auch Thee, Kaffee, Wein, Bier, Branntwein, Tabak und hundert andre Genuß- oder Lebensmittel verbieten, da es doch sicherlich lächer ist, Brot und Fleisch zu kaufen als diese schließlich doch entbehrlichen Dinge. Das Süßstoffverbot wäre darum unschädlich lächerlich als ein echter Schildaer Rathhausbeschlusse, wenn er nicht ebenso unschädlich empörend wäre als brutales Interessengesetz, erlassen zum Nutzen einer kleinen Minderheit.

Gegen dieses Gesetz des Widerstands stimmten außer unseren Genossen, den Freisinnigen und den Volksparteikern nur 18 National-liberale und 18 Mitglieder des Centrums.

Die Interessentwirtschaft der agrarischen Horde scheut nicht Recht und Gesetz, nicht Anstand und Sittlichkeit; sie scheut aber auch vor der vollkommensten Unfairigkeit nicht zurück. Die andern mögen sich nach Belieben und Temperament entzünden oder fränkischen — sie zählt die Dagen und wuchert weiter.

Wahlkampf.

Centrum und Socialdemokratie.

Das Centrumsorgan die „Kugelsburger Postzeitung“, sucht die Mittelungen, die Genosse Webel in mehreren seiner Verammlungen im Rheinland machte, daß der Volk über das Zusammengehen von Centrum und Socialdemokraten bei den letzten bayrischen Landtagswahlen in der Sakristei eines berühmten Domes abgeschlossen worden sei, in folgender Weise abzuschwächen:

„Wer den betreffenden berühmten Dom kennt, weiß, daß man auf der Treppe und im Vorhof desselben nicht in der Kirche ist und, angesprochen, sehr wohl auch kurz ein weltliches Wort sprechen kann. Als das vor dem berühmten Dom geschah, war aber das Kompromiß schon vorher fertig; die zufällige Begegnung vor dem Dom änderte daran nichts mehr.“

Genosse Webel teilt uns mit, daß er dieser Darstellung der „Kugelsburger Postzeitung“ gegenüber seine Mittelungen in vollem Umfange aufrecht erhalte. Der Aukhandel wurde im Innern des Domes durch einen Vertreter der Socialdemokratie und einen höheren latho-

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigzeile oder deren Raum 40 Hg. für politische und gewerkschaftliche Vereine- und Versammlungs-Anzeigen 20 Hg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Hg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

lischen Geistlichen nach allen Richtungen hin durchgesprochen und schließlich abgeschlossen.

Das Innere des Domes war von dem katholischen Priester gewählt worden, weil man dort gegen unbequeme Überraschungen sicher war.

Dem Centrum mag bei seiner Oeje gegen die angeblich atheisistische Socialdemokratie, die Mitteilung dieser Thatsache außerst unangenehm sein, aber sie ist nichts desto weniger wahr, und wenn notwendig, können wir deutlicher werden.

Bei dieser Gelegenheit sei auch der Dank zum Ausdruck gebracht, den der verstorbene Abg. Dr. Lieber bei Beratung des Centrumsantrages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes am 25. Januar 1899 der socialdemokratischen Fraktion abstattete, weil sie stets für Aufhebung dieses Gesetzes gestimmt habe.

Nachdem der Abg. Mos den Standpunkt unserer Fraktion gegenüber dem Jesuitengesetz dargelegt hatte, äußerte der Abg. Dr. Lieber:

„Ich darf wohl mit dem letzten Redner (Mos) beginnen und aus dem wesentlichen Inhalte seiner Erklärung den Anlaß nehmen, ihm wie seinen politischen Freunden meinen und meiner politischen Freunde Dank dafür auszusprechen, daß diese Herren, trotz grundsätzlicher Widersprüche, die uns himmelweit von einander scheiden, und trotzdem, daß man wiederholt die Rückkehr der Jesuiten auch als ein Mittel zur Bekämpfung der Socialdemokratie bezeichnet hat, von Anfang an bis auf den heutigen Tag im Interesse der Freiheit und Gerechtigkeit uns einstimmig unterstützt haben.“

Wie reimt sich dieser Dank des Centrums an die socialdemokratische Fraktion mit den Behauptungen der „München-Gladbacher Flugblattfabrik“ über die Socialdemokratie zusammen?

Da wir aber einmal am Citieren von Centrumsstimmen über die Socialdemokratie sind, so sei weiter auf eine Aeußerung hingewiesen, welche das erste Centrumsblatt des Rheinlands, die „Rheinische Volkszeitung“, aus Anlaß der Verhandlungen der Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Krefeld machte. Die betreffende Generalversammlung fand im Oktober 1897 statt und hierüber äußerte sich die „Rheinische Volkszeitung“ also:

„Die ganze latholische Presse hallt wider von Kundgebungen der Entrüstung über die gehässigen Angriffe und Beschimpfungen, welche die in Krefeld versammelten Wähler, anstatt sich auf eine Verwahrung gegen die Kanisus-Euchelista zu beschränken, gegen den Katholicismus und gegen die Katholiken gerichtet haben. Diese Ausdrücke eines kaum mehr zu überbietenden Fanatismus machen einen um so widerwärtigeren Eindruck... Seit vielen Jahren haben wir aus dem Lager der Antiliberalen nichts vernommen, was geeignet gewesen wäre, die Katholiken so zu erregen und zu empören, wie die jüngste Kundgebung des Evangelischen Bundes unter Leitung des Landeshauptmanns Grafen v. Wisingerode. Ganz von selbst drängt sich noch ein anderer Vergleich auf. Fast gleichzeitig mit dem Evangelischen Bunde war der socialdemokratische Parteitag versammelt. Die Socialdemokratie ist eine Partei des religiösen Nihilismus, des Atheismus, wie Webel es seiner Zeit ausgesprochen hat; in gelegentlichen Wendungen haben auch in Hamburg wieder einzelne Redner ihren Unglauben an den Tag gelegt; aber von Beschimpfungen der Katholiken und des Katholicismus, wie sie in Krefeld ungerührt passierten, ja den Weisfall der Menge entfesselten, hat man in Hamburg nichts wahrgenommen.“

So spricht die Centrumspresse, wenn sie einmal ausnahmsweise über die Socialdemokratie objektiv urteilt.

Und am 27. Februar d. J. brachte die ultramontane „Germania“ hier in Berlin einen Artikel, in dem sie sich gegen die Aeußerungen des Grafen v. Willow über Willeram und Jaurès wendete und sagte:

„Auch selbst im Vergleich mit den deutschen Socialdemokraten endlich erscheinen die französischen Socialistenführer wenigstens nicht in allen Punkten als die ruhigeren und würdigeren Leute. In der für die Beurteilung der französischen Socialisten durchaus nicht nebenfälligen Ordnungsfrage zum Beispiel nehmen die deutschen Socialisten eine unvergleichlich würdigere und vornehmer Haltung ein, als ihre majestätisch angehauchten französischen Genossen. Ja sie legen speziell in dieser uns Katholiken besonders nahe liegenden Frage bisher wenigstens sogar mehr Sinn für Recht und Gerechtigkeit, diesen „börnehmsten“ Grundlagen der Reiche und besonders „gefitzter“ Staatsweisen an den Tag, als selbst die deutsche Reichs- und die preussische Staatsregierung.“

Also auch hier wird die höchste Anerkennung der objektiven Haltung der deutschen Socialdemokratie in Kirchenfragen ausgesprochen. Aber jetzt im Wahlkampf heißt es: Räuber und Rörder!

Selbst unsere Parteigenossen in den Wahlkämpfen mit dem Centrum zu thun haben, empfehlen wir ihnen von den hier mitgetheilten Thatsachen und Urteilen in Reden und Flugblättern den weitesten Gebrauch zu machen und die latholischen Arbeiter über die Doppelzüngigkeit des Centrums auch auf dem hier in Frage kommenden Gebiet aufzuklären.

Die Freisinnigen in Wort und That.

Eine Wählerversammlung für den fünften Wahlkreis war zum Montag nach dem Grand-Hotel Alexanderplatz einberufen. Der Andrang zu dieser Versammlung war ganz gewaltig; es geht also auch ohne Eugen Richter! Der große Saal samt den Nebenräumen war bis auf den letzten Platz besetzt und trotzdem alle Plätze aus dem Saale entfernt wurden, erfolgte schon lange vor Beginn der Versammlung die polizeiliche Absperrung, so daß viele Hunderte, die zur angelegten Zeit erschienen, keinen Einlaß mehr finden konnten.

*) Vergl. Nr. 113 des „Vorwärts“.

Rach Eröffnung der Versammlung verlas der Vorsitzende Genosse Bels den von uns bereits in der Sonnabendnummer veröffentlichten Brief Eugen Richters, in welchem derselbe die Einladung zu einer gegenseitigen Aussprache in unanständiger Form ablehnte.

Die Entrüstung, die sich bei den ersten Sätzen bemerkbar machte, war bald geschwunden und in richtiger Würdigung dieses Nachwerks wurden die weiteren Ausführungen Richters, daß man ihn dazu benötige, für die sozialdemokratische Versammlung ein Publikum anzulocken, mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommen. Genosse Bels hatte noch darauf hingewiesen, daß die von unsren Genossen einberufenen Versammlungen alle überfüllt und mehrmals polizeilich abgesperrt worden sind, während derselbe Mann, der sich einbildet eine besondere Zugkraft zu sein, nur unter dem Ausschluß der Gegner und vor einem kleinen Häuflein seiner Getreuen seine Weisheit zum besten giebt.

Der Referent Stadthagen hielt eine Generalabrechnung mit den Freisinnigen. In einer zweistündigen Rede, wiederholt durch stürmische Zustimmungslundgebungen unterbrochen, kennzeichnete er das ganze Gebahren der Liberalen namentlich in den letzten Jahren und erbrachte an der Hand eines sehr reichhaltigen Thatsachenmaterials den vollen Nachweis, daß die Worte der Liberalen mit ihren Thaten fortgesetzt im schroffsten Widerspruch stehen.

Das Programm der Freisinnigen Volkspartei fordert „Gleichheit vor dem Gesetz“ sowie „Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes“. Wo immer sie den Ausschlag zu geben hatten, haben sie gegen diese Grundzüge gehandelt. So wurde 1885 die Verlängerung des Sozialistengesetzes nur mit Hilfe von 26 liberalen Stimmen beschloffen. Als 1896 neun von 19 Kommissionsmitgliedern für die Beseitigung der Landesgesetzlichen Gewerbe-Ordnungen stimmten, stimmten die beiden Freisinnigen dagegen. Am 11. März 1892 stimmten die Freisinnigen gegen Aufhebung der in den Einzelstaaten gegen ländliche Arbeiter bestehenden Ausnahmsgesetze. Für das anhaltinische Ausnahmsgesetz gegen ländliche Arbeiter — es bedroht den Vertragsbruch ländlicher Arbeiter und deren Ungehorsam mit Strafe und bedroht die Ausübung des Koalitionsrechts ländlicher Arbeiter mit Gefängnis bis zu einem Jahre — stimmte die anhaltinische Freisinnige Abgeordnete Jäger. Unter dem 7. Juni 1902 beschloffen die Freisinnigen die Ausschließung der Freisinnigen Volkspartei durch den Abg. Müller-Sagan, daß in dieser Abstimmung für Ungleichheit vor dem Gesetz und gegen Koalitionsrecht kein Verstoß gegen das Programm liege. Redner erinnert an die Gegnerschaft der Freisinnigen gegen das allgemeine direkte Wahlrecht in den Landtagen und Gemeinden, an die Entziehung Tausender im Hofsteinischen durch Herausheben des Wahlrechts, durch Beseitigung des kommunalen Wahlrechts der zu weniger als 1200 Mark Versteueren, an die Betörung in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung: „es sei ein ungedeuerter Zustand, daß Leute, die nur 4 Mark bezahlen, das Recht hätten zu wählen“, an das Bekenntnis des freisinnigen Abgeordneten Jwid, daß auch im Reich die Steuerkraft Einfluß haben müsse.

Auf dem Gebiete der Schule weist Redner auf den die gewerbliche Kinderarbeit beschönigenden Auspruch des Abg. Baumbach hin: Die Kinder der Hohenzollern lernen ja auch ein Handwerk, ferner auf die Lobpreisung der Ausbeutung der Hüttenkinder durch den Abgeordneten Bräse. Für unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel trat Waldeck, dagegen der heutige Freisinn ein, weil das Verwirklichung eines Stüdes Zukunftsaufbau sei. Welch Miesenabstand überhaupt zwischen einem Waldeck und Ziegler und einem Eugen Richter und Jwid. Bei der Zudersteuer Eintreten gegen Zollfreiheit, gegen eine von der Kommission beschlossene Herabsetzung von 20 auf 12 M.: nur auf 14 M. wollen sie ermäßigen.

Die Vorgänge beim Zolltarif bespricht sodann Redner in sehr eingehender Weise an der Hand der Kommissionsverhandlungen, der stenographischen Berichte und vieler Artikel der „Freisinnigen Zeitung“. Das Schlusergebnis des mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten Thatsachenmaterials fasste Redner dahin zusammen: Was gegen Ende Mai 1902 verteilte die Freisinnigen, wenngleich mit „gewissenhaftem“ Schwänzen in entscheidenden Kommissionsitzungen, so schloffen alle Freisinnigen bei der ersten Beratung über die Holzszölle und über den Quebrachszoll — dieselbe Last, die die Sozialdemokraten befolgten: der Tarif muß den Wahlkampf beherrschen, gleichviel ob er in das Jahr 1902 oder 1903 fällt; der Tarif muß Position für Position bekämpft werden und entweder infolge seiner eignen Schwere oder infolge eines Zusammengehens von links und rechts fallen. Sobald die Beratung des Reichstags über den Sommer 1902 stattfand, änderte sich die Taktik der nunmehr von Müller-Sagan geführten freisinnigen „Gegner“. Von nun an suchten die Freisinnigen Schritt für Schritt dem bereits Februar 1902 aufgetauchten v. Kardorff'schen Plan die Wege zu ebnen. Von da ab: in der „Freis. Ztg.“ Anpödelungen der Sozialdemokraten und Freisinnigen Vereinigung. Und in der Kommission? Bewußtes, und wenn das die Freisinnigen leugnen wollen, nur dann läppisches Arbeiten für den Kompromiß zwischen Großgrundbesitz und Verband der Industriellen. Bei den Gerbstoffszöllen treten die Freisinnigen für den Quebrachszoll der Regierung ein. In der entscheidenden Sitzung am 30. September handelte es sich darum, die in der gesamten händlerischen und in der konservativen Presse sowie in der Kommission angekündigte Drohung zu verwirklichen: die Eisenzölle herabzusetzen. Gelang dies, so war es mit der Zustimmung der schwarzen Industrie zum Tarif vorbei, der v. Kardorff'sche Plan endgültig beseitigt. Mit 10 gegen 10 Stimmen wurde eine zweite Lesung der Eisenzölle abgelehnt. Es schloffen von den drei freisinnigen Kommissionsmitgliedern zwei: Kopsch und Jwid. Die „Freisinnige Zeitung“ behauptet, Jwid habe an einer Wandelentzündung gelitten, es sei kein Ersatz zu beschaffen gewesen. Das ist unwahr: Ersatz konnte in einer halben Stunde beschafft werden.

Von nun an arbeiten die Freisinnigen eifrig für ein Zustandekommen des Kompromisses v. Kardorff im Pleuum: in der „Freisinnigen Zeitung“ ebenso im Plenum am 16. Oktober traten sie dagegen auf, daß mit dem Tarif in der Beratung begonnen würde. Dann galt es die Agrarier, mit deren Hilfe Richter noch im Mai den Zolltarif eventuell zu Fall bringen wollte, zum Schweigen zu bringen; am 20. Oktober stimmt Richter dem geschäftsordnungswidrigen Antrag zu, über die Beratung verzögernden Anträge der Agrarier auf Ausdehnung der Windesfzölle zur Tagesordnung überzugehen. Am 12. November spricht Richter für die Zulässigkeit der Beratung der lex Richters, da die Mehrheit des Reichstages nicht durch eine Bestimmung der Geschäftsordnung, die zu Gunsten der Rechte der Minderheit geschaffen ist, sich die Hände binden lassen könne. Damit war jeder Vergewaltigung der Minderheit der Weg geebnet. Demnach der Beifall der Rechten lohnte ihren Handlanger. Die „Freisinnige Zeitung“ pöbelt nun von Mitte November ab offen die „Obstruktion“ — Richter verwechselt stets sachliche Opposition mit Obstruktion — besonders scharf an und behauptet, wie ja auch die späteren Anstellungen des Herrn von Kröber, des Dr. Köstle (Kaiserlautern) und anderer Agrarier beweisen — in Widerspruch mit der Wahrheit: die Pöbler hätten sich damals geeinigt, geeinigt infolge der „Obstruktion“. Am 22. November morgens findet thatsächlich eine durch die Freisinnigen mitmühen zusammengefaßte Sitzung der v. Kardorff-Deute statt. Der Antrag v. Kardorff wird eingebracht. Die Mehrheit bimmelt aber: am 29. November, trotz physischer Unterstützung durch die Freisinnigen, beschloffen die Freisinnigen. Jetzt gilt es, die Mehrheit zusammenzuputtschen. Am 1. Dezember klagt v. Kröber, daß alle seine Macht nicht ausreiche, die Pöbler und Hohenzollern zu veranlassen. Da bestiegt Eugen Richter die Reichstags-Tribüne als Einpeitscher der Mehrheit. „Der Grundgedanke des

Parlamentarismus beruht darauf“, so kündigt er entgegen jeglicher parlamentarischer Auffassung, „daß die Mehrheit ihren Willen durchsetzen kann“. Das wäre ja „eine jaunerwollte Mehrheit“, domert er den Reichstags-Schwänzen zu, die sich zu einem Obstruktions-Zugzug gewinnen lassen. Das half: von jetzt ab war eine zolltarifliche Mehrheit für die Abstimmungen und für alle Gewaltthaten vorhanden. Es hat also der Freisinn anstatt wie die Sozialdemokraten ihre körperlichen und geistigen Kräfte gegen den Zolltarif aufzuwenden, sie für das Zustandekommen des Zolltarifs vor den Wahlen verwendet. Wenn ein Eugen Richter in der kindlichsten Weise davon spricht, er fürchte sich vor Bebel, Singer usw. nicht, Verdächtigungen gegen die Gegner des Zolltarifs der Wahrheit zuwider in Abwesenheit der Gegner ausstreut und eine Einladung, Auge in Auge mit dem Gegner seine der Wahrheit widersprechenden Behauptungen öffentlich zu verteidigen, in präherischen rohen Worten und mit gemeinen Verdächtigungen ablehnt, so hört selbst die Achtung, die man jedem ehrlichen Gegner gerne schenkt, auf.

Neben dem pathologischen Interesse an solchen Gebahren wirft sich die Frage auf: was hat die freisinnige Volkspartei zu diesem Vorkverrat veranlaßt? Gewiß elender Mandatskrieger — hatten doch die Centrumsleute Nahe bei den Wahlen für die Unterstützung bei dem Zugzug gegen die lex Heinze angezündigt und sind die Freisinnigen nur auf Krüden anderer Parteien in den Reichstag gestumpft —, kurzfristige Eitelkeit und läppischer Hereinschlupf auf die Einküflerungen der Junker und Junkerengen spielen hierbei eine Rolle. Aber in letzter Linie ist diese Schwänzung darauf zurückzuführen, daß der Zolltarif ein Stück des Kampfes der Kapitalsherrschaft gegen die Arbeit darstellt, daß aber der Freisinn stets für das Kapital gegen die Arbeit eingetreten ist.

Mit der Aufforderung zum Kampf gegen Verleumdung, Lüge und Niedertracht und für Wahrheit und Gerechtigkeit, und mit einem Appell, bis zum Tage der Wahl recht eifrig für unsern Kandidaten Genossen Robert Schmidt zu wirken, schloß der Referent seinen mit brausendem Beifall aufgenommenen Vortrag.

In der hierauf folgenden Diskussion sprach zunächst ein Freisinniger, der seine jüdischen Glaubensgenossen aufforderte, unter den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, und dann sprach ein Herr Dr. Goldstein, dessen Parteigehörigkeit und das, was er eigentlich wollte, trotz seiner verhältnismäßig langen Rede nicht festgelegt werden konnte. Genosse L. Liepmann, der recht wirkungsvoll für die Wahl von R. Schmidt plädierte und die Gegner sowie die falschen Freunde der Arbeiterschaft einer scharfen Kritik unterzog, bezeichnete ganz treffend die Rede des Doktors als eine Sammlung gänzlich mißverständlicher Citate.

Von den Mitgliedern des freisinnigen Wahlkomitees — es wurde behauptet, daß einige der Herren anwesend sind — hatte sich trotz wiederholter Aufforderung keiner zum Wort gemeldet. Ein Wortwurf kann diesen Herren aber daraus nicht gemacht werden, denn auch sie werden eingeschlossen haben, daß in dieser Versammlung für den Freisinn nichts mehr zu retten war. Nachdem der Vorsitzende noch zur regen Beteiligung an den Wahlarbeiten und namentlich zur Einsicht in die Wählerlisten aufgefordert hatte — er teilte u. a. mit, daß von 100 Wählern, für welche vom Wahlbureau die Einsicht übernommen wurde, circa zwanzig nicht eingetragen waren — erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung.

Freisinniges Helmentum. Herr Liebenow hat es unternommen, im letzten Wahlkreise die Fahne des Freisinn gegen die Sozialdemokratie zu erheben. Alle Achtung! sagten wir uns. Viele andere jagen vor ihm aus, zu wagen den gewaltigen Strauß, doch keinen sah man wiederkehren. Den lähnen Ritter soll man ehren! Mit solchen Gedanken gingen wir in die „Große freisinnige Wähler-Versammlung“, die vom Wahlverein der freisinnigen Volkspartei für den letzten Wahlkreis zu Dienstagabend nach den „Germania-Sälen“ berufen war. — Der Saal war gefüllt, ohne wie in den sozialdemokratischen Versammlungen eine bedrückende Enge zu bieten. Der größte Teil der Anwesenden bestand aus Kleingewerbetreibenden, Kaufleuten und Lehrern; einzelne Gruppen von Arbeitern fanden sich verstreut im Saale und namentlich im Hintergrunde. Polizei war nicht erschienen.

Redakteur Schöler sprach 2 1/2 Stunden mit andauernd erhöhter Stimme. Seine Kritik der modernen Steuererhebung wirkte so, trotz guter Durcharbeitung des Stoffes ermüdend, zumal die laute Stimme nicht über den Mangel an Temperament hinwegtäuschen konnte. Am letzten Ende empfahl er immer wieder die freisinnige Politik des Sparens; versprach er sich doch u. a. Wunderdinge davon, wenn man in der Arme beispielsweise die Reserven im Herbst früher entlassen, die Rekruten später einziehen würde. Hatte es Herr Schöler für richtig erachtet, sich an die Regierungspolitik mit lauwarmem Spülwasser heranzumachen, so schlug bei der Kritik seiner Gegner die Temperamentslosigkeit sofort in nervöse Ueberreizung um. Besonders der „Vorwärts“ hat es ihm angethan. Bei der Kritik des freisinnigen Flugblattes, das im 6. Wahlkreise verbreitet wurde, soll er es unterlassen haben, auf zwei Vorwürfe einzugehen, so auf den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie durch ihre sogenannte Obstruktion bei den Zolltarif-Debatten die reaktionäre Mehrheit zusammengeschweift habe, und den des sozialistischen Terrorismus in der Junger-Krankenkasse der Tischler. Herr Schöler ist trotz seiner ausgewachsenen Kervostität ein neugeborenes Kind! Hat denn er erst das entsetzliche Obstruktionsverbrechen der Sozialdemokratie in seinem Flugblatt ausgebeutert oder hat er diese Richterliche Erfindung nicht aus der „Freisinnigen Zeitung“ abgeschrieben? Seit einem halben Jahre hat der „Vorwärts“ die Unsinnsigkeit dieses Vorwurfs dreimal wöchentlich nachgewiesen, am Anfang dieses Jahres in langen, materialschweren Artikeln und weil Herr Schöler die Sache dennoch unbezogen in sein Flugblatt aufnimmt, sollte der „Vorwärts“ zu einer abermaligen Widerlegung des Unsinns verpflichtet sein! Und die Angelegenheit mit der Tischler-Krankenkasse? Ja, aus welcher Quelle stammt denn die ganze Angelegenheit? War nicht gerade der „Vorwärts“ das erste Blatt, das die Darstellung der betroffenen Kassenbeamten, freilich aber auch (was das freisinnige Flugblatt nicht thut) eine Darstellung von der Gegenseite brachte? Daß sich die Kassenbeamten zunächst an den sozialdemokratischen „Vorwärts“ wandten, ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß sie selbst an einen sozialdemokratischen Terrorismus nicht glauben.

Die nervöse Erregtheit, in die sich Herr Schöler bei der Kritik seiner Gegner hineinarbeitete, führte mehrfach zu Zwischenfällen. Schon bei der Kritik der konservativen Parteien im Anfang rief er auf einen Zwischenruf, den wir nicht verstanden: „Was ist das da für ein Schwäger?“ Als er nun die Taktik der Sozialdemokratie im Zollkampf kritisierte, warf er ihr unter anderem vor, daß sie Kraft und Mut nur in der Muskelkraft erblicke. Er provokierte dadurch den Jurist: Dr. Varth! Darauf Herr Schöler: Ich bin für Dr. Varth nicht verantwortlich. Hier hielt es der Vorsitzende für angebracht zu erklären: Es ist Ihnen nächster Gelegenheit gegeben, an den Redner Fragen zu stellen! (Rechtliche Rufe: Diskussion!) Schöler höhnte: Das möchten Sie wohl! (Erregt:) Das ist die Freiheit der Sozialdemokratie, daß sie sich in eine fremde Gesellschaft hineinzuwickeln und dort die Verhandlungen zu stören sucht. (Unruhe.) Redner, der es fertig bringt, ein Citat aus Bebel's „Frau“ als „in einem verständigen Augenblick verfaßt“ zu bezeichnen, geht dann auf Bebel's Forderung ein, keinen Kandidaten zu unterstützen, der nicht gegen jeden auf Grund des neuen Zolltarifs zu stande gekommenen Handelsvertrag stimmt. Er ermahnt die Sozialdemokratie, nicht „in derselben tölpelhaften Weise“ wie beim Zolltarif zu handeln. Als jemand „lex Heinze“ ruft, brüllt er wütend: „Was wollen Sie denn mit solchen albernem Zwischenrufen?“ In dieser Weise führte er den Kampf gegen die Sozialdemokratie fort. Letztendlich erhob sich im Saale auch Unruhe, als Redner das konservative Flugblatt kritisierte; die freisinnige Besänneidung der Redfreiheit zwang auch die Anhänger dieser Partei, sich durch Zurufe zu wehren. Es klang wie Selbstironie,

als der Redner zum Schluß aufforderte, im Wahlkampf immer „den Zustand der Persönlichkeit“ zu wahren.

Nach dem Hauptredner des Tages stellte sich mit vielen „Meine Herren!“ und „gewissermaßen“ der Kandidat, Herr Liebenow vor. Da ihm der Fanatismus seiner Vordredner fehlte, der 64 Jahre alte Herr dagegen durch das Feuer der Ueberzeugung die sitzlichen Mängel seiner Rede aufwog, hörten ihn auch die Gegner sympathisch an. Herr Liebenow bekamte offen, daß er an eine Wahl selbst nicht glaube, dagegen hofft er auf eine Stimmenzahl von 12, 15 oder 20 000. Den Arbeitern gegenüber wies er auf seine Thätigkeit in der Stadtverordneten-Versammlung hin. Meine Herren von der Sozialdemokratie! Glauben Sie nicht, daß Sie gewissermaßen die einzige Volkspartei sind. Meine Herren! Ich bin Vorsitzender des Ausschusses für die Arbeitslöhne in der Stadtverordneten-Versammlung gewesen und unre Vorlage ist im Plenum angenommen worden, gewissermaßen sogar auf Singern seine Veranlassung.“ Da aber Herr Liebenow weiter bekamte, schon als Junge 48 die freisinnigen und nicht sozialistische Ideen eingefogen zu haben, wird ihm „Singern's“ Eintreten für eine unter seinem Vorhitz zu stande gekommene Vorlage im letzten Wahlkreise wenig nützen.

Alsdann trat Herr Schöler noch einmal in Funktion, diesmal als Vorsitzender. Voll freisinnigen Mannesmuten erklärte er abermals, daß es keine Diskussion gebe. „Uns mit den Gegnern in einer Versammlung heranzuschlagen, dazu geben wir uns nicht her!“ Da „Fragestellung“ zugelassen werden sollte, hat Genosse Kröhn als langjähriger Beamter der Tischler-Krankenkasse, die Versammlung zu fragen, ob er nicht ein paar Worte über den angeblichen sozialistischen Terrorismus gegen seine Kollegen äußern dürfe. Obgleich nun doch Herr Schöler so Gelegenheit geboten war, über die Sache aus bester Quelle etwas zu erfahren, lehnte er eine solche Fragestellung entrüstet ab. Als schließlich Herr Schöler die Versammlung mit einem Hoch auf die freisinnige Partei schließen wollte und dabei seine Angriffe auf die Sozialdemokratie wiederholte, verdarben ihm die anwesenden Arbeiter das Concept dadurch, daß sie sich erhoben und ihrerseits in ein Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmten. Das ist nun etwas, was Herr Schöler im Wahlkampf öfter vorkommen dürfte. Er bewies aber abermals seine übergroße Kervostität, die ihn wieder zum Redner vor Gegnern, noch zum Versammlungsleiter geeignet macht, indem er in einen wahren Wutparoxysmus ausbrach und hinter dem Vorstandstisch eine Art Case Wall-Parodie ausführte. Die Arbeiter begeisterte dieser Anblick derart, daß sie nun abermals ein Hoch, diesmal auf den sozialistischen Kandidaten Ledebour ausbrachten, worauf Herr Schöler wütend nach der Thür stürzte, wo man ihn mit dem gutmütigen Lachen der Ueberlegenheit empfing. Da laste Dufchen nicht zur Hand waren, verlusten seine freisinnigen Freunde, den Zustand des Herrn durch eine Art Massageur zu bessern, indem sie ihm begütigend auf Schulter und Rücken klopfen. Er kam denn in der That noch einmal so weit zu sich, daß er sich wieder auf die Bühne begeben konnte. Als wir den Saal verließen, hörten wir nur noch, wie er seine derjenigen der Arbeiter überlegene Bildung bekundete: „Eine solche Bande läderlicher Gesellen!“ (Freisinniger Beifall.) Sich überschreiend: „Eine solche Bande läderlicher Gesellen!“ (Lofender freisinniger Beifall.) Versammlung und Versammlungsleiter hatten ihren freisinnigen Helmentum wieder gefunden!

Die demokratische „Berliner Zeitung“ faßelt von einer „versuchten Sprengung“ der Versammlung, die mißglückt sei. Daß ist natürlich Unsinn, denn die Scenen, welche als Sprengungsversuch bezeichnet werden, spielten sich am Schluß der Versammlung ab, als unsere Genossen die Versammlung, welche eben vom Vorsitzenden geschlossen werden sollte, verließen. Herr Schöler scheint seine Wahnvorstellungen auch als Reporter betätigt zu haben.

Wassermann in tausend Klugheiten.

Herr Wassermann, der Mannheimer Klügling, hat am letzten Montag in dem Wahlkreise seiner neuen Hoffnung, Karlsruhe, seine Kandidatenrede gehalten. Sie liefert eine Bestätigung dessen, was in der nationalliberalen Wahlschrift gesagt ist. Der Gedanke macht ihn klug, daß die Sozialdemokratie im neuen Reichstage gegen Handelsverträge stimmen könnte, die für die Masse der Bevölkerung eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bedeuten würden. Offenbar ist auch er mit dem nationalliberalen Centralbureau davon überzeugt, daß der neue Zolltarif, um dessen Zustandekommen er sich besondere Verdienste erworben hat, binnen drei Monaten zur Hungersnot und zur Revolution führen möchte. Daß die Sozialdemokratie die Last dieser Verantwortung unter allen Umständen durch eine neue „rettende That“ von seinen Schultern abwälzen möchte, galt ihm bisher als selbstverständlich. Nun ist er wie aus den Wolken gefallen und belümmerten Herzens führt er aus:

„Durch die Haltung der Sozialdemokratie ist die Annahme neuer Handelsverträge im neuen Reichstage zweifelhaft geworden. Wirlen der Bund der Landwirte, ein Teil des Centrums und die Sozialdemokratie zusammen, kann fallen die Handelsverträge im neuen Reichstage und der Reichstag muß aufgelöst werden, neuer politischer Wirwar entsteht. Und was entsteht, wenn keine neuen Handelsverträge zu stande kommen? Dann werden vielleicht die alten Handelsverträge nicht gekündigt. Vielleicht? Wer kann wissen, ob nicht Aufstand oder Desireich mit Kündigung gegen uns vorgehen, ob nicht durch einen Aufsturm im Reichstage selbst unsere Regierung zur Kündigung veranlaßt wird. Dann kommt eine vertragslose Zeit und mit ihr tritt auch ein die große Gefahr der Zollkrise, eine schwere Schädigung für unsere ganze Produktion einschließlich der Landwirtschaft. Wie soll aber die Industrie prosperieren, wenn sie sich nicht auf dauernde Verhältnisse einrichten kann? In unserer Exportindustrie sind nach einer Verrechnung Bebel's 2-3 Millionen Arbeiter erwerbsfähig beschäftigt, dazu kommen die Familienangehörigen. Sie hängen vom Export ab. Was wird aus den Arbeitern, wenn die Absatzgebiete im Ausland durch Kriege und Zollkriege verloren gehen, wenn die Industrie ihre Produktion einschränken muß, wenn die Arbeiter auf die Straße geworfen werden und verelenden? Der Satz, daß der Reiche immer reicher, der Arme immer ärmer wird, ist zum alten Eisen geworfen, aber in der Politik, die heute die Sozialdemokratie gegenüber den neuen Handelsverträgen vertritt, ist die Gefahr einer Verelendung der Massen durch diese Partei, die sich fälschlich eine Arbeiterpartei nennt, in den Vordergrund gerückt.“

Jetzt haben wir Herrn Wassermann und die Seinen ganz wo wir sie haben wollten! Daß das Inkrafttreten jenes Zolltarifs, für dessen Zustandekommen die Nationalliberalen den letzten Rest ihres politischen Ansehens preisgegeben haben, zu einer Verelendung der Massen führen würde, haben wir das nicht schon vor einem halben, einem ganzen, vor zwei und vor drei Jahren gesagt? In seiner Angst verleiht sich Herr Wassermann zu dem kindischen Unsinn, die Sozialdemokratie für die gefährliche handelspolitische Situation verantwortlich zu machen. Wer trägt aber an ihr Schuld, wenn nicht Herr Wassermann selbst?

Aber gutmütig, wie wir nun einmal geartet sind, wollen wir dem in die Kleme geratenen Liberalismus den Ausweg aus allem Drangsal zeigen. Herr Wassermann sagt es selbst: die alten Handelsverträge werden ungekündigt bleiben, wenn nicht ein Aufsturm im Reichstage die Regierung zur Kündigung zwingt, oder wenn sie nicht vom Auslande gekündigt werden. Guter Rat ist diesmal nicht teuer, sondern sehr billig. Erstens einmal darf kein Anhänger des Herrn Wassermann einem Feinde der bestehenden Handelsverträge seine Stimme geben. Zweitens muß das Ausland wissen, daß Deutschland nicht daran denkt, sich jemals durch Zukristung des neuen Zolltarifs ins eigne Fleisch zu schneiden. Darum müssen die Nationalliberalen des neuen Reichstags, wenn es dergleichen noch geben sollte, mit den Sozialdemokraten gemeinsam erklären: der neue Zolltarif sei ein unsinniges, selbstmörderisches Gesetz (siehe die Wahlschrift der nationalliberalen Partei) und oben-dreim auf verfassungswidrigen Wege zu stande gekommen; er müsse darum sofort für null und nichtig erklärt werden.

Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß den Nationalliberalen die zweite dieser notwendigen Erkenntnisse noch kommen wird. Für die erste ist es freilich zu spät. Denn wer unterfährt den „Ansturm“ gegen den Fortbestand der alten Handelsverträge, vor dem sich Herr Wasserhahn so sehr fürchtet? Eben jener agrarische Ordnungskämpfer, dessen integrierenden Bestandteil die — Nationalliberalen bilden.

O Jammer!
Die Socialdemokratie hat jenen Zolltarif, für den die Nationalliberalen gearbeitet haben und den sie jetzt bekämpfen, immer bekämpft. Sie wird es weiter thun. Sie ist, in Ermangelung eines Besseren, immer für den Fortbestand der alten Handelsverträge eingetreten, die von den Nationalliberalen preisgegeben worden sind, und auch jetzt noch preisgegeben werden. Und sie wird auch weiterhin für ihn eintreten.

Herr Wasserhahn aber sagt, die Socialdemokratie wolle die Verfeinerung der Massen! Der Arme! Es sei ihm das bishigen Schimpfpreiße, dessen sich nach allem Recht jeder zum Tode Verurtheilte keinen Richtern gegenüber bedienen durfte, gerne gegönnt!

Die „Freisinnige Zeitung“ regt sich über eine „Erfindung“ auf, die der Genosse Weibel in seiner Versammlung in Renscheid über den Abg. Fischel verbreitet haben soll; sie giebt an, nach der „Renscheider Zeitung“ habe Weibel behauptet, Fischel habe bei der Abstimmung über den Notheisenzoll in der Tarifkommission gefehlt. Das hat Weibel nicht behauptet. Weibel führte vielmehr an, daß durch die Abwesenheit mehrerer Vertreter der freisinnigen Volkspartei der Antrag auf Vornahme einer zweiten Lesung der Eisenzölle und dadurch die Ermöglichung des Notheisenzolls von 1 M. auf 50 Pf. mit 10 gegen 10 Stimmen gefallen sei; diese Vertreter seien erst in der Kommission erschienen, als die Abstimmung eine erhebliche Zeit vorübergegangen sei. Der Angriff Weibels auf den Abgeordneten Fischel bezog sich nicht auf dessen Thätigkeit bezw. Nichtthätigkeit bei der Frage des Notheisenzolls, sondern auf die Thatsache, daß zu jener Zeit als er (Weibel) und der Abg. Fischel Mitglieder der Kommission gewesen, Fischel mehrfach erschienen und zu den in seiner Nachbarschaft sitzenden Kommissionsmitgliedern geäußert: er sei außer Stande sich an der Debatte zu beteiligen, er habe sich für die Beratungen nicht vorbereiten können. Weibel brachte diesen Vorgang daraufhin zur Sprache, daß der Abg. Fischel in Versammlungen im Renscheider Wahlkreis die Thätigkeit der socialdemokratischen Abgeordneten in der Kommission und im Reichstag in niedrigster Weise verdächtigte.

Die Wiedereroberung des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg hat sich die weiland Stummische „Post“ ernstlich in den Kopf gesetzt. Nachdem sie die Perspersion der bürgerlichen Parteien lebhaft beklagt hat, erscheint ihr Eugen Richters geliebtes Bild als tröstlicher Hoffnungsstern:

„Bei der entscheidenden Haltung“ schreibt sie, „welche die freisinnige Volkspartei neuerdings gegen die Socialdemokratie eingenommen hat, ist zu erwarten, daß auch deren Anhänger Mann für Mann für den Konservativen stimmen werden.“

Nach Remel, Bayreuth, Pirna ist wohl auch nichts anderes zu erwarten. Des Herrn Richters sind die Protowucherer und Scharfmacher sicher! Aber ob dieser selbst seiner freisinnigen Wähler ebenso sicher ist? Wer weiß, was dieser arme Teufel nach der Hauptwahl überhaupt noch zu geben hat!

In die Werbelkraft ihrer Ideen setzen die meisten unserer Gegner offenbar nur noch geringes Vertrauen. Anders kann man es sich wohl nicht erklären, daß sie fast ohne Ausnahme die Socialdemokraten entweder von vornherein von ihren Versammlungen ausschließen oder ihnen, wenn sie wirklich zugelassen werden, entweder gar keine oder doch nur eine so kurze Redezeit gewähren, daß die Möglichkeit eines prüfenden Eingehens auf den Vortrag völlig ausgeschlossen ist. Eine ganze Anzahl solcher Fälle von Rah und Fern haben wir bereits gemeldet und wir könnten täglich Spalten füllen mit der Aufzählung aller dieser Einzelfälle. Keine der bürgerlichen Parteien giebt darin der andern etwas nach. Nur einige Beispiele wieder. Die Wahlschlüsse der Kartellbrüder in den beiden Dresdener Wahlkreisen haben alle Socialdemokraten ein für allemal aus ihren Versammlungen ausgeschlossen. Eine uns vorliegende Einladung zu einer Wählerversammlung der Kartellparteien in Apolda schließt ausdrücklich alle Socialdemokraten aus. In Ostpreußen wird es, wie wir aus verschiedenen Blättern der Gegend sehen, ebenso gemacht. In Finsterwalde war am Sonntag eine freisinnige Versammlung. Der freisinnige Kandidat hatte unsern Genossen Schaubert am Vormittag versichert, daß volle Redefreiheit gewährt werden sollte. Als aber dann Genosse Augustin im Auftrage unsres Kandidaten Schaubert das Wort verlangte, sollte er sich mit zehn Minuten begnügen. Er verzichtete unter diesen Umständen auf das Wort. Zur Strafe dafür wird nunmehr Genosse Schaubert den freisinnigen Kandidaten zu einer socialdemokratischen Versammlung einladen, wo er ungehindert reden darf. Ob er kommen wird, ist freilich zweifelhaft. Unsere Gegner fühlen sich eben geistig so vollkommen bankrott, daß sie sich nicht mehr getrauen, Arbeiter für sich zu gewinnen und daß sie ihre Behauptungen in Versammlungen seiner gründlichen Kritik mehr zu unterstellen wagen. Geistig kämpft nur die Socialdemokratie.

Das Centrum im Circus Busch. Am 4. Juni will die Centrumspartei im Circus Busch eine große Paradedarstellung abhalten, in welcher zwei noch ungenannte „tichtige Redner“ vorgeführt werden sollen.

Die Kriegervereine machen mobil! In den Berliner Vororten werden jetzt so leicht man in bürgerlichen Blättern, die Kriegervereine häufig zusammenberufen. Dabei gelangen auch verschiedene Broschüren zur Verteilung u. a.: „Die vaterländischen Aufgaben der deutschen Kriegervereine bei den kommenden Reichstags-Wahlen“ und „Einige Thatsachen zur Beleuchtung der socialdemokratischen Lehren“.

Die bürgerliche Presse verzeichnet die Nachricht von der eifrigen Wahlthätigkeit der „unpolitischen“ Kriegervereine mit behaglichem Schmunkeln. Dieselben Blätter haben aber gleich, wenn ein Gewerkschaftsblatt thatsächlich feststellt, daß nur die Socialdemokratie die Interessen der Gewerkschaften vertritt, ein keines Demagogisches bei der Hand. Natürlich; denn wenn ein armer Teufel einen Socialdemokraten wählt, handelt er sehr „politisch“, wenn er sich aber von der Agitation der Kriegervereine einfangen läßt, liefert er den Beweis einer höchst „unpolitischen“ Denkart. Also . . .

„Simplicissimus-Stimmung“ sogar bei den Konservativen! Der konservative Kandidat für den württembergischen Wahlkreis Leiningen-Gerabronn, Vogt, denkt über eine neue Vermehrung der Flotte nicht anders als der konservative Abgeordnete für Stendal Amtoritz Dimsburg. Der „Hohenloher Vote“ berichtet von ihm:

Für unerlöste Flottenpläne, neue Kavallerie-Regimenter, prunkende Uniformen, Lizen und Franzen wird Vogt bei der traurigen Lage der Landwirtschaft wohl kaum zu haben sein.

Aber wird er wirklich nicht zu haben sein! Hat nicht auch Herr Sahn über die „gräßliche Flotte“ gewinnet? Hat nicht Herr v. Wangenheim im Jahre 1900 erklärt, daß diese Vorlage für die Landwirtschaft den schwersten Schaden bedeute? Und hat nicht gar Graf Arnim diese Vorlage als den „Todesstoß“ für die Landwirtschaft bezeichnet? Und doch haben sie für die gräßliche Flotte, den schweren Schaden, den Todesstoß gestimmt und für alle prunkenden Uniformen, Lizen und Franzen dazu.

Besser ist besser! Herrn Vogts Bestimmungsgültigkeit soll lieber nicht auf die Probe gestellt werden!

Der Wahlausruf der konservativen Partei Sachsens ist erschienen. Er enthält zwei Sätze, die in dem Wahlausruf der konservativen Partei für das Reich nicht zu finden sind. Diese Sätze lauten:

„Die konservative Partei bekämpft den Ultramontanismus, der das Deutsche Reich und unser engeres Vaterland seinen Zwecken dienlich machen möchte.“ Und: „Die konservative Partei erachtet als vornehmste Aufgabe des kommenden Reichstages die Erstrebung günstiger Handelsverträge zum gleichmäßigen Schutze aller einheimischen Erwerbsstände.“

Der erste Satz dürfte gesagt werden, weil die Stimmen des Centrums in Sachsen nicht sonderlich ins Gewicht fallen, der zweite Satz scheint der starken handelsvertragsfreundlichen Stimmung des Industriestaats Sachsen entgegen kommen zu wollen. Wie die Handelsverträge aussehen sollen, die die Konservativen wollen, wird allerdings nicht gesagt. So sucht man sich vorbeizuschwindeln, wie es eben geht.

„Da kann man jetzt wohl wählen, wen man will?“ sagte ein Kleinbauer eines Ortes bei Gardelegen wörtlich mit dem Ausdruck freudigen Staunens zu einem unserer Parteigenossen, der ihm die neuen Bestimmungen zum Schutze des Wahlschweigens klar gemacht hatte.

Ei der Tausend, ja!

Freisinnige Kampfesweise. Aus Halle schreibt man uns vom 19. Mai: Stürmisch verlief eine heute abend in dem großen Kaiser-Saale abgehaltene, besonders von Socialdemokraten stark besuchte liberale Wählerversammlung. Nachdem der Reichstags-Abgeordnete Biemer-Berlin einen Vortrag gehalten und die Socialdemokratie heftig angegriffen hatte, meldeten sich mehrere Parteigenossen zum Wort, die bei einer Redezeit von 10 Minuten von dem liberalen Vorsitzenden bei jeder Bemerkung, die sie gegen den Freisinn wagten, unterbrochen wurden. Als ein socialdemokratischer Redner von den Herren Eugen Richters sprach, unterbrach ihn der Vorsitzende ebenfalls und sagte, das ginge doch nicht, daß man in eine liberale Versammlung komme und da immer nur den Freisinn angreife. Der Redner erklärte unter schallender Heiterkeit der Versammlung, daß man von einem Socialdemokraten doch wahrlich nicht verlangen könne, daß er für den Freisinn Propaganda machen solle. Obwohl eine Redezeit von 10 Minuten zugelassen worden war und noch zwei socialdemokratische Redner in die Redezeit eingezwängt waren, erteilte der Vorsitzende gegen 11 Uhr Herrn Biemer plötzlich das Schlusswort, worauf die Socialdemokraten in demonstrativer Weise den Saal verließen und die Freisinnigen ohne Grund und Ursache nach der Polizei riefen.

Socialdemokratie und Feuergefähr. Eine von dem Vertrauensmann zum Himmelfahrtstage für Hohenthurm in einer Scheune einberufene Versammlung wurde vom Amtsvorsteher mit folgender Begründung verboten: Die Abhaltung der Versammlung in der Scheune Nr. 27 zu Schwerg wird wegen der damit verbundenen Feuergefähr hiermit polizeilich untersagt. — Dem Herrn Amtsvorsteher kommt die Geschichte brenzlich vor.

Armenunterstützung und Wahlrecht. Mehr als tausend Arbeiter sind in den Listen der Stadt Offenbach als wahlrechtlose Armenempfänger bezeichnet. Mit Recht vermutet unser dortiges Parteiblatt, daß hier ein Versehen vorliegen müsse. Das socialdemokratische Wahlkomitee wird die Betroffenen benachrichtigen, damit sie einen eventuellen Irrtum korrigieren lassen können. Ein praktisches und nachahmenswertes Verhalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Mai.

Freisinnig-demokratische Volkstreiber.

Die Socialdemokratie ist entschlossen, eine weitere Befestigung der Volksmassen unter allen Umständen zu verhindern und sie läßt sich in dieser festen Absicht nicht durch das Geschrei derer verwirren, die neue Handelsverträge um jeden Preis wollen.

Nach dem Vorgang der Freisinnigen Zeitung kommt nun auch die „Frankfurter Zeitung“ und belehrt uns gütlich, diese unsere selbstverständliche principielle Haltung sei „ein taktischer Fehler allerersten Ranges“. Die Frankfurter Demokraten-Diplomatie legt dar:

„Indem die Socialdemokratische Handelsverträge auf Grund des neuen Volksgesetzes principieell ablehnt, schwächt sie die Stellung jener Vertragsfreunde, die neue leistungsfähige Verträge auf Grund ausreichender Konzessionen hergestellt sehen möchten. . . . Nachdem nun die Versuche, den Zolltarif zum Scheitern zu bringen, sich als vergeblich erwiesen haben, kommt für die vertragsfreundlichen Richtungen alles darauf an, den angenommenen Tarif durch Verträge möglichst abzumildern, den Druck der Minimalzölle zu erleichtern und den bürgerlichen Erwerb durch Steilheit in der Handelspolitik zu sichern. . . .“

Nur durch gute Handelsverträge können wir dem deutschen Wirtschaftsleben die Stütze verleihen, die es unbedingt braucht. . . . So wenig aber bei der Beratung des Zolltarifs auch nur verhandelt worden ist, eine Einigung herzustellen, ebensowenig läßt der Aufmarsch der Parteien für die neuen Handelsverträge bisher eine einheitliche Richtung erkennen. Die Verantwortung für das Letztere fällt unbedingt der Socialdemokratie zu, die sich auch hierbei allein von ihrem vermeintlichen Partei-Interesse leiten ließ. . . . Durch diese Anfeindung wird die Regierung geradezu gezwungen, Anschlag nach rechts zu suchen und Verträge nach dem Herzen der Agrarier zu machen.“

Es wird dann noch auf den „wichtigen Umstand“ hingewiesen, daß die „Änderung der Verträge“ auch seitens des Auslandes erfolgen könnte. Die „ersten Politiker“ der Frankfurter Demokratie rechnen bereits mit dieser „Zwangslage“. Schließlich wird fälschlich behauptet, das letzte Sonntag in Berlin verbreitete socialdemokratische Wahlflugblatt nehme bereits — im Gegenfall zum Wahlausruf der Fraktion — nicht mehr den Standpunkt ein, daß Handelsverträge auf Grund des Antrags Kardorff unbedingt zu verwerfen seien.

Wir sind nicht so harmlos, in diesem ungläublichen demokratischen-freisinnigen Angebot, der Regierung höhere Zölle zu schenken, nur eine taktische Gelei allerersten Ranges zu bewundern. Hinter dieser scheinbaren Dummheit steckt mehr: die ganze Zolltarif Eugen Richters ging darauf aus, nicht nur den Tarif aus den Händen zu bringen, sondern auch einen Zolltarif des Protowuchers „der mittleren Linie“ durchzusetzen. Die Wut Eugen Richters über die socialdemokratische „Obstruktion“ beruht wesentlich auch darauf, daß wir ihm diesen sauberen Plan durch unsere „tippische“ Taktik durchkreuzt haben, und die Mehrheit bis zur Annahme eines Zollmonstrums verwirren, das heute selbst die nationalliberale Partei nicht mehr ernst nimmt.

Der kapitalistischen Demokratie ist es — das erklärt die Hinzugebung zu höheren Zöllen — ganz gleichgültig, ob die Massen stärker belastet werden oder nicht. Die Abneigung gegen Lebensmittelzölle war nur zur Schau getragen —, aus agitatorischer Rücksicht. Wenn die hinter dieser Presse stehenden Kapitalisten Handelsverträge, die den Handel, den Export leidlich begünstigen, erzielen, so ist es für sie durchaus ohne Interesse, ob die Massen die Preise bezahlen müssen; zudem ist in der süddeutschen Demokratie, die sich auch auf Großbauern stützt, ohnehin Reigung für Getreidezölle.

Eugen Richters „Taktik“ aber ist noch durch eine andre Erwägung bestimmt. Er will geradezu der Reichsliste höhere Zölle und damit höhere Einnahmen verschaffen, weil er voraussetzt, daß sonst am Ende doch noch zu direkten Reichssteuern gegriffen wird, vor denen sein Kapitalistenherz — vergl. den „Socialistenpiegel“ — sich ängstigt. Aus diesem Grunde legte er sich so sehr ins Zeug für Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf Zucker von 12 auf 14 Mark. Deshalb arbeitet

er jetzt systematisch darauf hin, Handelsverträge mit „mahdoll“ höheren Zöllen zu Stande zu bringen. Es ist viel verlangt, daß die Socialdemokraten in diese Falle gehen sollen; sie sind nicht so dumm, ihre allein mögliche Auffassung zu verlassen, weil die Demokratie sie für dumme Kerle erklärt.

Wäre das nicht die Erklärung für die neue freisinnig-demokratische Lösung: „Handelsverträge um jeden Preis“, wollte man ernstlich Handelsverträge und zugleich keine Mehrbelastung des Volkes, so wäre das Verhalten der bürgerlichen Linken schlechterdings unbegreiflich, eine unfaßbare Thorheit. Der Antrag Kardorff ist eine ungeschickliche Karikatur; er wird niemals in Kraft treten. Gerade durch ihn wird auf die Regierung ein zwingender Druck ausgeübt, antiagrarisches Handelsverträge zu schließen. Und nun kommt der Freisinn und die Demokratie und bietet sich an, höhere Zölle zu bewilligen, als die Regierung jemals dem Reichstag vorzulegen wagen würde, wenn die ganze Linke auf entschlossenem Widerstand gegen Zuckerzölle beharrte; denn die Möglichkeit, daß die Regierung mit der Rechten Handelsverträge macht, ist überhaupt ausgeschlossen. Sie braucht Handelsverträge und wir können sie zwingen, uns, nicht der Rechten Konzessionen zu machen. —

Eine Antwort auf den Erlaß des Erbprinzen von Meiningen.

Der Erlaß des Erbprinzen von Meiningen gegen die Soldatenmishandlungen, der den Soldaten es zur Pflicht machen wollte, die Thaten ihrer Feinde anzuzeigen, ist zurückgewiesen. Der Erbprinz selbst hat den blauen Vogen erhalten. Am veröffentlicht das „Armeekorrespondenz-Blatt“ eine Aenderung der „Allerhöchsten Bestimmung“ zu § 151 Absatz 1 der Militär-Strafgerichts-Ordnung vom 1. Dezember 1898. Diese Kabinettsorder lautet:

„Zu bestimmen: Der zweite Absatz meiner Bestimmung vom 28. Dezember 1899 zu § 151 Abs. 1 der Militär-Strafgerichts-Ordnung vom 1. Dezember 1898 erhält folgende Fassung: „Für die Anbringung von Strafanträgen und Strafanzeigen der Personen des Soldatenstandes vom Feldwebel usw. abwärts finden die Vorschriften der Beschwerde-Ordnung II vom 14. Juni 1894 Anwendung.“

§ 151 Abs. 1 der Militärstrafgerichts-Ordnung lautet: „Anzeigen strafbarer Handlungen, sowie Anträge auf Strafverfolgung gegen Personen, welche der Militärstrafgerichtsbarkeit unterstehen, sind von Personen des Soldatenstandes des aktiven Heeres und der aktiven Marine auf dem Dienstwege, von Militärbeamten bei der vorgelegten Dienstbehörde des Beschuldigten anzubringen.“

Die Bestimmungen über die Beschwerdeführung der Personen des Soldatenstandes des Heeres vom Feldwebel abwärts, vom 14. Juni 1894, besagen unter I, 1:

„Jedem Soldaten, welcher glaubt, daß ihm durch unwürdige Behandlung, durch Vorenthaltung geldwerter Gehaltsrückstände oder aus einem andern Grunde von Vorgesetzten oder Kameraden Unrecht zugefügt sei, ist es gestattet, sich zu beschweren.“

Damit ist ausdrücklich gesagt, daß der Soldat Straftathen, die gegen ihn oder seine Kameraden von einem seiner Vorgesetzten verübt worden sind, nicht zur Anzeige bringen muß; diese Anzeige zu machen ist ihm nur „gestattet“.

Ebenso ist es aber dem Soldaten „gestattet“, Mishandlungen, die er von seinen Vorgesetzten erfährt, mit Stillschweigen zu quittieren. Ob er von der einen oder der andern „Erlaubnis“ Gebrauch machen will, hängt ganz von Ratsamigkeitsgründen ab. Die Konstruktion einer Anzeigepflicht für Soldatenmishandlungen wird damit auf das entschiedenste zurückgewiesen. —

Deutsches Reich.

Suprema lex! Wie aus Mex gemeldet wird, führte der Kaiser bei Schluß der Kritik nach der Truppenübung am 18. etwa folgendes aus: Er verleihe dem Grafen Häseler die Brillanten zum Schwarzen Adler-Orden, die höchste Auszeichnung, die er überhaupt vergeben könne. Er erwarte, daß der Name dieses Mannes, dieses ganzen Soldaten, im Corps nicht nur erhalten bleibe, sondern daß auch dessen Geist darin weiterlebe. „Graf Häseler“, so schloß er, „verlangte viel von Ihnen, aber uns allen ist klar: dieser Mann nutzte sich selbst das Beste zu. Er gehdrt zu denjenigen Soldaten, denen der Wille ihres Königs das höchste Gebot, die Anerkennung ihres Königs die höchste Auszeichnung ist.“

In früheren Zeiten hat man an Heerführern, von deren Thaten unter Umständen das Geschick des Reiches abhängt, die Selbständigkeit ihrer Entscheidung als beste Charaktereigenschaft geschätzt. Die Kriegsgeschichte weiß sogar von Fällen zu erzählen, in denen Feldherren gegen den Willen ihres Königs gehandelt, und gesiegt haben. Siehe den edlen Ritter Prinz Eugen, siehe sogar auch die militärischen Führer des deutschen Freiheitskrieges von 1813 und die Kriegsführung von 1871. —

Die Gesundheitsrückfälle des Prinzen Würder.

Die neuesten Nachrichten aus Kolonialmörder-Paradies in Hannover zeigen, daß man im Gefängnis des Prinzen Arenberg aber auch in jeder Beziehung auf die zarte Gesundheit Sr. Erlaucht die peinlichste Rücksicht genommen hat.

Der hannoverschen „Allgemeinen Zeitung“ war von der Gefängnisverwaltung eine „Verichtigung“ gesandt worden, in der alle Angaben des Blattes als falsch hingestellt und bemerkt wurde, der Prinz werde wie jeder andre Gefangene behandelt.

Wenn wirklich jeder andere Gefangene so behandelt werden sollte wie der Prinz Würder, so wird das Gerichtgefängnis in Hannover bald einen starken Zugang zu verzeichnen haben. Denn das genannte Blatt schreibt:

„Wir nehmen von dem, was wir gesagt haben, nicht nur nichts zurück, sondern füllen hinzu, daß Prinz Arenberg in stetem heimlichen Scheck-Verkehr mit einem Bankhause stand, daß er ferner einen Mann zur eigenen Bedienung hatte und daß er sich so viel Spirituosen verschaffen konnte, wie er wollte. Es ist recht bezeichnend, daß er sich im Gefängnis Bier aus Extrakt selbst brauen konnte. Der Prinz beschäftigte sich tagsüber mit Litteratur und fand abends Gesellschaft zum Kartenspielen. Daß es ihm auch nicht an Frauensimmern gefehlt hat, haben wir bereits mitgeteilt. Das sind Thatsachen.“

Was die dem Prinzen — offenbar mit Rücksicht auf sein Herzleiden, seine geistige Erkrankung und seine kolonialen Gepflogenheiten — zur Verfügung gestellten „Pfandweiber“ anlangt, so war es aufgeföhren, daß der Prinz sich mit einem Aufseher buzte. Man forschte nach und kam dahinter, daß der Aufseher, wenn er Raddienste hatte, mit dem Prinzen Gelage feierte, wobei man sich „Sieber Schorfe“ und „Lieber Prosper“ nannte, woran auch einigemal eine zweifelhaft Dame teilnahm. Der Direktor veranlaßte sofort die Entfemung des Beamten.

Neuerdings soll man nun den aus der höchsten Heingefellschaft des Centrums gebürtigen Prinzen weniger freundlich behandeln. Da wird es also höchste Zeit, daß er in eine Heilanstalt übergeführt wird!

Die Nationalliberalen und die Zuchthaus-Vorlage. In seiner Karlsruher Rede, die wir an anderer Stelle ausführlicher besprechen, führte Herr Wasserhahn u. a. auch folgendes aus:

Die nationalliberale Partei habe in den Tagen, in denen die Zuchthaus-Vorlage zu Grabe getragen wurde, in allen Augen getrachtet; er habe trotz lebhaften Widerpruches aus den Reihen der eignen Partei gegen diese Vorlage sofort Einspruch erhoben und sei trotz heftiger Anschuldigungen bei seiner Meinung geblieben.

Dazu bemerkt die konservative „Kreuz-Zeitung“:

Hiermit erfahren wir zwar, soweit die persönliche Stellung des Abg. Dr. Wassermann in Betracht kommt, nichts Neues. Sehr wertvoll aber ist die Offenheit, mit der er hier die Haltung seiner Partei beleuchtet, und insbesondere zugeht, daß in dieser eine starke Strömung für die Justizhaus-Vorlage bestanden hat. Hier- von will man in der Parteipresse nichts mehr wissen; hier stellt man sich vielmehr so, als ob die Nationalliberalen mit jener Vorlage überhaupt nichts zu thun gehabt hätten und mit Recht das Hauptverdienst für ihre Beseitigung beanspruchen könnten. Man ist insbesondere bestrebt, die Artikel der „Kölnischen Zeitung“, die seiner Zeit mit Nachdruck die Einbringung der Vorlage verlangt hat, der Vergessenheit anheimfallen zu lassen, dagegen die Konterkulturen als die einzigen darzustellen, die zu ihrer Annahme bereit waren, und ihnen auf diese Weise die Rolle des intellektuellen Urhebers zugewiesen.

Die Rettungsversuche, die ein Flügel der Nationalliberalen unter Büdingers und Möllers Führung an der Justizhaus-Vorlage vorgenommen haben, gehören ja der parlamentarischen Geschichte an und sind im stenographischen Protokoll des Reichstages nachzulesen. Wozu also jetzt vor den Wählern verstimmt thun?

Die Entscheidung der Zollwucherer. Aus Baden wird und geschrieben: Das bekannte „Schweineglück“ verläßt die Socialdemokratie auch diesmal im Wahlkampf nicht. Das in einem Augenblick vermeintlichen Alleinseins zwei Gesinnungsgenossen gegenüber gemachte Geständnis des Centrumsabgeordneten Warbe zu Freiburg, die „ganz kollektivistische“ Nähe unsrer Landwirtschaft „keinen Deut“, ist schon erwähnt worden. Ebenso die Kennerung Schüllers. Ja, selbst ein badisches Centrumsblatt, der in Ettingen, vor den Thoren der Residenz, erscheinende „Landmann“, gesteht jetzt offen zu, daß unsre kleinen und mittleren Bauern von dem erhöhten Getreidezoll keinen Vorteil hätten.

Gerade zu rechter Zeit, um dem Volke die verderblichen Wirkungen des Zollwuchers vor Augen zu führen, kommt noch ein Konflikt, der zwischen der Vereinigung der süddeutschen Handelsmännern und den Reihlhändlern um die drohende Zolllast entstanden ist. Die erstere hatte dieser Tage ihren Kundens durch Circular mitgeteilt, daß sie, um schweren Verlusten ihrer Mitglieder vorzubeugen, vom Tage des Inkrafttretens der neuen Getreidezölle an einen dem Mehzzoll entsprechenden Preisauflauf auf das Wehl eintreten lassen müßte, der sich auch auf die abgeschlossenen, aber noch nicht abgerufenen Lieferungen erstreckte. Dagegen erheben die Reihlhändler jetzt energischen Protest. Die Folge wird sein, daß die Bäcker höhere Mehlpreise zahlen müssen, und diese werden sich dafür natürlich durch Erhöhung der Brotpreise an den großen Massen schablos halten.

Religion ist Privatfache. Diesen einfachen und klaren Satz unsres Parteiprogramms versteht die „Märkische Volkszeitung“ noch immer nicht. In einer Polemik gegen Genossen Wedel schreibt sie:

„In seiner köhner Rede, welche wir nach dem Verichte der „Afgn. Ztg.“ (Nr. 110 vom 14. Mai 1903) citieren, liest man unter anderem:

Die Partei als solche hat ihre Anschauung gegenüber der Frage der Religion in ihrem Programm niedergelegt. Da heißt es: Religion ist Privatfache. — Ja, aber Herr Wedel, warum halten Sie sich selbst nicht wie die gesamte Socialdemokratie an dieses Programm? Oder wie verträgt sich mit einem solchen Programmpunkt die weitere Kennerung: „Die Socialdemokratie kann selbstverständlich keinem ihrer Anhänger verbieten, diejenige Anschauung auf religiösem Gebiete zu propagandieren (verbreiten), die er selbst befolgt, und ist diese religiöse Anschauung eine religionsfeindliche, so kann auch dagegen nichts eingewendet werden?“

Die „Märkische Volkszeitung“ kann aus ihrer kirchlichen Denkungsart nicht heraus. Der Feind einer politischen oder religiösen Anschauung heißt doch bei uns Socialdemokrat. Sie wollen nicht sie gewaltsam unterdrücken wollen! Unser Programm verbietet jedem Genossen, Zwangsbefehle zu verlangen, die sich gegen irgend eine religiöse Auffassung richten. Wer sie verlangt, ist kein Socialdemokrat, sondern einfach ein Mörder oder ein Kerkerhelfer. Würde die Socialdemokratie aber ihren Angehörigen verbieten, über Religion ihre gegnerische Meinung zu äußern, so wäre sie wiederum nicht mehr die Partei der Gedankenfreiheit, sondern eine kirchliche Partei. Das will den Leuten nun einmal nicht in den Kopf. Oder vielmehr: ihnen ist unser Programm, Religion ist Privatfache“ durch seine zwingende Logik so un bequem, daß sie an seiner kirchlichen Verdrehung mit Gewalt festhalten müssen.

Ausland.

Frankreich.

Deputiertenkammer. Das Haus setzte heute die Beratung der Interpellationen über die Kirchenpolitik der Regierung fort. Engerand, Nationalist, erinnert an die Aufstellungen in der Kirche von Auberville und verlangt, daß Frauen und Kinder zur Kirche gehen könnten, ohne Gefahr zu laufen, thätlich angegriffen zu werden. Er fordert von der Regierung Freiheit in der Ausübung des Kultus. (Weisfall rechts.) Redner führt aus, daß in dem Augenblick, wo Frankreich die Missionare verjagt, der deutsche Kaiser sich bemühe, vom Vatikan das Protektorat über die Christen im Orient zu erhalten, und bemerkt, in dieser Angelegenheit gäben die deutschen Socialisten den französischen Socialisten das Beispiel des Patriotismus. (Weisfall rechts.) Was haben denn die deutschen Socialdemokraten mit dem Protektorat über die Christen im Orient zu thun? Red. des „Vorwärts.“ —

England.

Die Rede Chamberlains in Birmingham wird von der englischen Presse noch immer lebhaft besprochen, meist zustimmend, wenn auch vielfach mit gewissen Einwänden gegen eine eigentliche Schutzpolitik. Weniger einverstanden sind mit dem Inhalt der Rede, wie schon gestern gemeldet wurde, die Kolonien, besonders nicht die australischen. Meldungen aus Melbourne zufolge sprechen sich die meisten australischen Zeitungen gegen die Auslassungen Chamberlains aus. Der Premierminister von Südastralien bemerkt, man müsse sorgfältig abwägen, ehe sie nach irgend einer Richtung hin einen Weg einschlägt. Ein Fehler Englands in seiner auswärtigen Politik sei seine Unfähigkeit, die charakteristischen Voreurtheile anderer Nationen nachsichtig zu beurteilen. Es wäre notwendig, unbefleht von Partei-Leiden- schaft und persönlichen Vorurteilen zu erwägen, ob irgend ein praktischer Plan für Gegenseitigkeitstariife mit den Kolonien möglich wäre, der die erwartete Wirkung, das Reich zu festigen, hat. Weiter müßte erwogen werden, ob es möglich sei, das englische Völl zu bewegen, einem System zuzustimmen, das die Kolonien befriedigen würde. Wenn man die Sache vom imperialistischen Standpunkte betrachte, dürfe nicht vergessen werden, daß, wenn schon England bei dem gegenwärtigen Steuersystem nicht im Stande sei, den Kolonien Tarifvortheile zu gewähren, England thätigst die ganze Last der Kosten der Reichs-Verteidigung trage, wofür dieses Jahr ungefähr 70 Millionen Pfund Sterling aufgewendet worden seien. Ehe der Tarif geändert werde, müsse man eine Form der direkten Vertretung der Kolonien in der Reichsregierung haben. Er halte dies nicht für so undurchführbar, als manchmal angenommen werde. Nicht alle Erwerbszweige seien unter dem Freihandel

gediehen. Unter dem Freihandel seien große Landstriche der Behauung entzogen und die eigne Nahrungsmittel-Lieferung des Landes ver- ringert worden. Die früher in den ländlichen Bezirken erfolgte Bevölkerungszunahme habe aufgehört. Er sei keiner von denen, welche denken, daß der Freihandel ein Teil der Bergpredigt sei und als eine Bestimmung der göttlichen Vorsehung angenommen werden müsse. Andererseits sei eine lange und eingehende Erwägung nötig, ehe das Steuersystem geändert werde, unter welchem der ungeheure Handel Englands ausgerichtet worden sei, oder ehe England Streit mit seinen Kunden anfangen, die ihm zwei Drittel und möglicherweise drei Viertel seines Handels schüßen, um sich einen Kunden zu verpflichten, der ihm das dritte Drittel oder das letzte Viertel liefere. Auf den von ihm be- wiesenen Vorschlag müsse die auswärtige Politik wesentlichen Ein- fluss üben. Er sei keiner von denen, die es für nötig halten, daß häusliche Abmachungen zwischen den Kolonien und England der Meinung irgend einer außenstehenden Autorität zu unterbreiten seien, doch möchte er auf der andern Seite nicht verhindern, daß sie den Gegenstand der Meinung einer außenstehenden Autorität bilden. England werde im Auslande nicht geliebt. Es habe stets Eifersucht und Feindschaft gegen England aus dem einen oder andern Grunde bestanden. Aber England habe stets einen großen Schutz in der Freiheit seiner Märkte gehabt und müsse daher sehr sorgfältig die Veränderung erwägen, welche in seinen auswärtigen Beziehungen durch irgend einen zuweiseren Tarifraum um das Reich herum geschaffen werden soll, den einige Denker einzuführen vorschlugen. —

Norwegen.

Zu einem Strafgesetz gegen die organisierten Arbeiter ist das Gesetz über die registrierten Fachvereine geworden, das ursprünglich nach der Regierungsvorlage den seit langem verlangten Schutz des Koalitionsrechts gewähren sollte. Auf Antrag des konservativen Professors Hagerup gab das Odelsthing dem ersten Paragraphen des Entwurfs folgende Fassung:

- Wer durch Zufügung von Verlusten oder Schädigungen oder durch Drohung damit versucht:
1. jemanden zu hindern, einen Fachverein zu bilden oder an der Bildung eines solchen teilzunehmen,
 2. Einfluß zu üben auf jemandes Eintritt in einen registrierten Fachverein oder seines Verbleibens als Mitglied in einen solchen, oder auf seine Teilnahme an einem solchen Verein,
 3. einen Arbeitgeber zu hindern, Arbeiter an- zunehmen oder zu behalten, oder
 4. jemanden zu zwingen, seine Arbeit aufzugeben, oder wer versucht, jemanden davon abzuhalten, Arbeit zu suchen, oder wer hierbei mitwirkt, wird, soweit keine strengere Strafbestimmung auf den Fall Anwendung findet, mit Geldbußen oder mit Haft bis zu einem Jahre be- straft.

Die Einsetzung sowie die Punkte 1 und 2 wurden vom Odelsthing mit 50 gegen 35 Stimmen, die Punkte 3 und 4, also die von Hagerup beantragten Strafbestimmungen gegen die um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiter, mit 50 gegen 26 Stimmen angenommen. Hierfür stimmten zusammen mit den Konservativen und Moderaten 24 Liberale. — Mit Recht erklärte der Demokrat Rastberg in der Debatte: „Der von Hagerup gemachte Vor- schlag ist der brutalste Angriff gegen die Arbeiter, der bis jetzt das Licht der Welt in diesem Lande erblickt hat; es ist ein Versuch, ihnen die besten moralischen Waffen aus den Händen zu schlagen.“ Jedemfalls wird dieser schändliche Angriff auf ihre Organisation die norwegischen Arbeiter veranlassen, bei den bevorstehenden Störthingwahlen ihre Interessen nicht den Vertretern ihrer Ausbeuter anzuvertrauen.

Eine Protestresolution gegen diese Beschlüsse, die in die Wählung ausklingt, der norwegischen Arbeiterpartei, der einzigen Partei, die Freiheit und Recht für alle will, die Stimme zu geben, wurde am 17. Mai, dem Verfassungstage, nach einem Vor- trage des socialdemokratischen Parteivorstehenden Chr. S. Knudsen von ca. 10 000 Männern und Frauen einstimmig angenommen.

Rußland.

Erziehung des Gouverneurs von Ufa. Der bereits gestern gemeldete Anschlag auf den Gouverneur Bogdanowitsch wurde während eines Spaziergangs desselben im Stadtpark, in dem sich zahlreiche Personen aufhielten, verübt. Als der Gouverneur in eine Seitenallee einbog, übergab ihm ein unbekannter Mann ein ver- siegeltes Paket; gleichzeitig feuerte eine andre Person zwei Revolver- schüsse ab, die den Gouverneur in Rücken und Brust trafen, worauf der Tod sofort eintrat. Ein Wächter bemerkte das Verbrechen und wollte die Thäter ergreifen. Diese aber bedrohten ihn mit Revolvern und entliefen so.

Bogdanowitsch war es bekanntlich, der im März die Unruhen in Slatoust blutig unterdrückte. Vielleicht handelt es sich deumach um einen Racheact. —

Türkei.

Konstantinopel, 19. Mai. (Meldung des Wiener I. I. Telegr.-Büreaus.) Die Nachricht des „Temps“, daß das Sandischal Serres sich in Kuffande befinde und Kawala von Aufständischen blockiert sei, ist falsch. Das Bandenunwesen ist, wie überall, so auch in Sandischal Serres im Abnehmen begriffen. Der letzte Vorfall ereignete sich im Wilejet Monastir, im Kreise Florina. Im Dorfe Geline wurde ein Wajwachter auf dem Wege zum Bazar erschossen und ein Mohammedaner getötet und zwei verwundet. Dorthin ent- sandte Gendarmerie führte einen mehrstündigen Kampf mit der Bande, von der sieben Mann getötet wurden, während die Gendarmerie einen Toten hatte. Der Major Abullader und der Justizinspektor Paschal wurden zur Einleitung der Untersuchung, dorthin geschickt. —

Konstantinopel, 19. Mai. (Meldung des Wiener I. I. Telegr.-Büreaus.) Die Nachrichten über hier vorgenommene Ver- haftungen von Bulgaren sind übertrieben. Es wurden sechs bulgarische Unterthanen verhaftet. Hiervon wurden drei entlassen, einer dem Gericht überwiesen, zwei befinden sich noch in Unter- suchungshaft. Verdächtige bulgarische Macedonier wurden zwangs- weise in die Deimat abgeschoben; in Untersuchung befinden sich noch etwa 40. —

Affien.

Chinas Kriegsschuld. Nach Meldungen aus Washington ist das dortige Staatsdepartement benachrichtigt worden, daß England durch seinen Geschäftsträger in Peking seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hat, China dieselben Bedingungen für die Entschädigungs- zahlung zu gewähren, wie sie Amerika angenommen hat; nämlich Zahlung aus der Silberbasis, mit dem Vorbehalt, daß im Falle nicht rechtzeitiger Erfüllung der Verpflichtungen die Zahlung aus der Goldbasis zu erfolgen habe.

Bestätigt sich die Meldung, dann wird schließlich auch Deutsch- land nichts andres übrig bleiben, als sich mit der Zahlung der Kriegsschuldigung in Silber einverstanden zu erklären. Das Er- gebnis des glücklichen Rachefeldzuges wird ein immer kläglicheres. —

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Kreditgewährung der preussischen Sparkassen bringt die „Statist. Korresp.“ eine interessante Zusammenstellung. Ob- gleich die Sparkassen sich von den Kreditanstalten dadurch unter- scheiden, daß nicht wie bei diesen die Gewährung von Kredit der Zweck und die Heranziehung von Einlagen nur ein Mittel zur Er- füllung dieses Zweckes ist, überwiegen gleichwohl die Sparkassen auch hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Kredit die meisten eigentlichen Kreditanstalten, da die verglichenen Anlagen 6526,4 Millionen Mark betragen. Am bedeutendsten ist darunter die Anlage in Hypotheken oder Grundschulden mit 3767,8 Millionen Mark, wobei

2221,5 Millionen Mark auf städtische und 1546,5 Millionen Mark auf ländliche Hypotheken entfallen. Der Bilanzwert der Inhaber- papiere betrug 1727,0 Millionen Mark. Bei öffentlichen Instituten und Korporationen sind 650,4 Millionen Mark, gegen Hausbank (Lombard) nur 92,3 Millionen Mark angelegt. Verhältnismäßig wenig entwickelt ist bei den Sparkassen die Personalarbeitsgewährung; auf Schuldscheine ohne Bürgschaft waren nur 12,2 Millionen Mark, auf solche mit Bürgschaft 143,7 Millionen Mark ausgeliehen; die Anlage in Wechseln betrug 89,1 Millionen Mark.

Gibernia, Bergwerks-Gesellschaft. Seine. In den 10 Millionen Mark Aktien zum Ankauf der Anteile der Jede Aktienhalter sollen noch 1000 Stück weitere Aktien a 1000 M. (nominal) zur Ausgabe gelangen. Diese neuen Aktien, welche vom 1. Januar 1903 an voll, gleich den alten Aktien, dividendenberechtigt sind, sollen zur Verstärkung der Betriebsmittel dienen. Außerdem wird die Aufnahme einer neuen, auf den Bergwerksbetrieb Schontrod III/IV hypothetisch eintragenden 4prozentigen Teil- schuldverschreibungs-Anleihe im Betrage von 4 500 000 M. be- antragt werden. Schließlich soll Verkauf gefaßt werden über ein Angebot des Bankhauses S. Weichroder und der Berliner Handels- gesellschaft betreffend Uebernahme der neuen Aktien und Schuld- verschreibungen. Das Aktienkapital der Bergwerks-Gesellschaft Gibernia wird nach dieser Transaktion 51 000 000 M. betragen.

Die Auswanderung aus Deutschland nach überseeischen Ländern übertraf auch im April wieder die der letzten Jahre. Ueber deutsche und fremde Häfen wanderten im ganzen 4990 Personen aus Deutsch- land aus gegen 4117 im April 1902 und 2329 im April 1901. Davon gingen über Bremen 2409 (1902 2035), über Hamburg 1906 (1918) und über fremde Häfen, soweit bisher ermittelt, 685 (1902 endgültig 884). Seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende April sind 11 250 Deutsche ausgewandert gegen 9821 und 5798 im gleichen Zeitraum der beiden Vorjahre. Von den Auswanderern gingen 5245 (1902 4141) über Bremen, 4311 (3290) über Hamburg.

An Angehörigen fremder Staaten sind seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende April 82 674 (1902 86 611) Auswanderer über deutsche Häfen befördert, darunter 49 831 (49 028) über Bremen und 32 843 (37 583) über Hamburg.

Der Verkehr der neuen Seehafen-Anlagen des preussischen Hafens zu Emden entwickelt sich stetig. Die ersten vier Monate des laufenden Jahres weisen wieder einen Verkehrsfortschritt in be- trächtlichem Umfange nach. In Emden angekommen sind im Januar bis April 1903 125 Seeschiffe mit 218 180 Tons; in der gleichen Zeit des Vorjahres waren es 104 Seeschiffe mit nur 111 345 Tons. Allein die Hamburg-Amerika-Linie löschte im Jahre 1903 in Emden 33 119 Tons Erz und Getreide (6 Dampfer) gegen 3672 Tons in der gleichen Zeit des Vorjahres, und belud 7 Dampfer mit 26 293 Tons Stückgütern und Coals gegenüber 6272 Tons in der gleichen Zeit 1902.

Der Raummoll-Corner in New York dauert fort, doch scheint zwischen den beiden Haufgruppen nicht völlige Uebereinstimmung über den einzuhaltenden Weg zu bestehen; denn Sulzig ging gestern erneut mit Verkäufen vor. Weym mußte indes, indem er die Waissers zu Deckungen zwang, die durch die Sulzischen Verkäufe veranlaßten Kursrückgänge größtenteils wieder auszugleichen. (In der gestrigen Notiz hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß natürlich in der sechsten Zeile von oben nicht 11,85 Dollar, sondern 11,85 Cents (per Pfund) heißen.)

Parletta-Lose. Die Auslösung der Parletta-Lose ist, wie schon mehrmals, wiederum vom Gemeinderat wegen Mangels an Mitteln suspendiert worden. Leider haben in den letzten Jahren auch manche kleinen Leute sich durch den niedrigen Kurs und die betriebene Res- klanne verleiten lassen, das Zeug zu kaufen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Kulturstampf in Frankreich.

Paris, 20. Mai. (B. L. W.) Deputiertenkammer. (Fort- setzung.) Grouffau (lib.) wünscht, daß Combes sich bei den Ver- handlungen mit dem Vatikan über die Ernennung der Bischöfe entgegenkommend zeige. Redner tadelt die Sperrung der Gehälter der Priester und Bischöfe; diese Gehälter seien eine nationale Schuld. (Weisfall rechts; Bewegung.) Dejeante (Soc.) wirft dem Priester des Stadtteils Belleville vor, er habe Vorzüge getroffen, daß über die Socialisten hergefallen worden sei. (Widerpruch rechts; Be- wegung links.) De Vaudry d'Alfon (l.) erhebt gegen Combes den Vorwurf, er habe einen Bürgerkrieg entfesselt, und rügt seinen Despotismus. Rondebello (Republikaner) wirft der Regierung vor, sie habe den Kubistören gestattet, in die Kirche von Auberville ein- zudringen und tadelt ferner die Politik des Hoffes, welche von der Regierung befolgt werde. (Weisfall rechts und im Centrum.) Ricman (Soc.) erklärt, es sei unrichtig, daß die Manifestanten in die Kirche eingedrungen seien, sie seien vor der Thür gewesen. (Protestrufe auf der Rechten.)

Ludre spricht von den Vorgängen in St. Nicolas bei Nancy und findet die Verurteilungen der Bürger, welche den Mönchen ihre Sympathien bewiesen, sehr streng. Ministerpräsident Combes erwidert, seine Kirchenpolitik beruhe auf einer loyalen Beachtung der Bundesrats- Gesetze. Das Concordat müsse sowohl von der Kirche wie vom Staate respektiert werden. Wenn die Kirche dies nicht thue, werde der Staat nur sie selbst treffen. (Weisfall.) Admann rechtfertigt die Entlassung der Kirchen der Prediger-Kongregationen. Combes bedauert, daß der Ausübung des Gottesdienstes Schwierig- keiten bereitet seien. Er habe Befehle zur Verbindung von Aus- scheidungen in den Kirchen gegeben. Aber die Prediger seien in der Wahrung der Gesehe mit schlechtem Beispiel vorgegangen. (Stürmische Unterbrechungen rechts.) Er werde, schließt der Minister, wegen der Ernennung eines Bischofs keine Zugeständnisse machen. Er sehe nicht, daß irgend ein Ministerpräsident der gegenwärtigen Weisheit die zur Zeit befolgte Politik in der Kirchenfrage werde desabotieren können. In beiden Kammern sei eine Mehrheit vor- handen, welche nicht vor den Ansprüchen des Aleris kapitulieren werde. (Weisfall links.) Combes wird lebhaft beglückwünscht. Ein Vertagungsantrag wird mit 338 gegen 228 Stimmen abgelehnt.

Der deutsch-lanabische Konflikt vorm Unterhaus.

London, 20. Mai. Unterhaus. Glad (lib.) fragt an, ob zwischen dem Auswärtigen Amt und Deutschland ein Meinungs- austausch stattgefunden hätte betreffend das Vorgehen Deutschlands, welches auf lanabische Waren Differenzialzölle lege, und ob der be- treffende Schriftwechsel irgend eine Anklage möglicher Ver- geltungsmaßregeln von Seiten Englands enthalte, wonach deutsche nach England eingeführte Waren mit besonderen Zöllen belegt werden würden.

Unterstaatssekretär des Aeußern Cranborne antwortet auf die erstere Frage mit ja; weitere Erklärungen könne er aber gegen- wärtig nicht abgeben.

Rom, 20. Mai. (B. L. W.) Deputiertenkammer. (Fortsetzung.) Bei der Beratung des Kriegsbudgets bringen Cicotti und andre Socialisten eine Tagesordnung ein, in welcher die Regierung auf- gefordert wird, eine neue Heeresorganisation, die mehr der wirt- schaftlichen Lage entspreche, einzuführen. Diese Tagesordnung wird in neuerlicher Abstimmung mit 179 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

New York, 20. Mai. (B. L. W.) Einer Depesche aus Manila zufolge sind 2000 Häuser von Eingeborenen durch einen Brand zer- stört. 8000 Menschen sind obdachlos.

Schwentaur, 20. Mai. (B. L. W.) Nach den nunmehr ab- geschlossenen Ermittlungen sind bei dem Eisenbahnunglück drei Personen getötet, neun schwer und dreizehn Personen leicht verletzt worden. Dreizehn Wagen sind zertrümmert. Maschine und Tender haben sich tief in den Graben neben dem Bahndamm eingebohet. Die Strecke wird erst morgen mittag wieder frei sein.

Partei-Nachrichten.

Der Leipziger Bierkrieg ist nun in der That beendet und zwar auf Grund der Vereinbarungen, die wir schon gestern mitteilten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zu den Einigungsverhandlungen im Stultateurstreit geht und nachstehende Mitteilung zu.

Der Redaktion erlaube ich mir ergebenst mitzuteilen, daß die Notiz im „Vorwärts“ vom 19. d. M. über die Beendigung des Stultateurstreits Unrichtigkeiten enthält.

Der von den ursprünglichen Kontrahenten gelöste Tarifvertrag hatte natürlich nur Gültigkeit für die beiden „Freien Vereinigungen“.

Sie bitte eine Verächtigung zu veranlassen. Der Vorsitzende, v. Schulz.

Neuer Streik von Adressenschreibern. Die Adressenschreiber der Firma Max Henning, Schönebergerstr. 24, legten am Dienstag die Arbeit nieder, da eine geforderte Lohnerhöhung von 75 Pf. pro 1000 Adressen abgelehnt wurde.

Heizungsdrohpfleger! Die Firma Körting sucht in Berlin Montierarbeiten für Königsberg in Preußen ohne Landzulage.

Gärtner und Gartenarbeiter. Die Vorgänge, welche sich in letzter Zeit in unserem Beruf abgepielt haben, müssen jeden denkenden Kollegen zu der Erkenntnis bringen, daß es nur einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation möglich ist, auch in unserem Beruf bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Kollegen! Darum ergeht auch heute wieder der Ruf an Euch: organisiert Euch in einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation, wie sie die Deutsche Gärtnervereinigung darstellt.

Das Streikpostenfest von Schumanns Gnaden. Streikpostenfeste sind eine erlaubte Handlung, darüber besteht kein Zweifel.

Die Aussperrung an der Unter-Weber ist beendet. Die Arbeiter der Tecklenborgschen Werft haben sich mit der Firma dahin geeinigt, daß sie Accordarbeiten übernehmen, der Preis aber in jedem einzelnen Falle vor Übernahme der Arbeit mit den Arbeitern vereinbart wird.

Die Aussperrung in Iserlohn soll nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter beendet sein und den Fabrikanten nur noch 300-400 Arbeiter fehlen.

Der Straßburger Maurerstreik ist, nachdem er sieben Wochen währte, nunmehr beendet. Einen Erfolg haben die Streikenden nicht errungen.

Der Verbandstag der Bäckerei-Arbeiter Deutschlands. Der Verbandstag wurde in Dresden am 18. Mai eröffnet. Erschienen sind 25 Delegierte aus 22 verschiedenen Orten; außerdem die Mitglieder des Vorstandes Allmann und Friedemann-Hamburg.

Orten; außerdem die Mitglieder des Vorstandes Allmann und Friedemann-Hamburg, und vom Ausschuss Gahner-München.

Der Bericht des Vorstandes giebt Allmann-Hamburg: Danach hat der Verband gegenwärtig 4700 Mitglieder in 80 verschiedenen Verwaltungsteilen.

Der Geschäfts- und Kassenbericht giebt Friedemann-Hamburg: Der Verband hatte in der Geschäftsperiode vom 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1902 eine Gesamteinnahme von 123 724,72 Mark.

Ueber die Tätigkeit des Ausschusses berichtet Gahner-München: Der Ausschuss habe sich vornehmlich mit Beschwerden und Auswahlanträgen zu befassen gehabt.

Die Diskussion über den Vorstands- und Kassenbericht erstreckte sich am ersten Verhandlungstage nur auf interne Verbandsangelegenheiten.

Streikbewegung in Ungarn. Der Bäckereistreik in Preßburg, der anfangs ein partieller war, ist jetzt ein allgemeiner.

Ausland.

Aus der Frauenbewegung.

Der Socialdemokratische Wahlverein der Frauen für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Starow-Charlottenburg hatte zu Dienstag, den 19. d. M., nach dem Volkshause zu Charlottenburg eine öffentliche Versammlung einberufen.

Friedrichshagen. In einer von ca. 400 Personen, zum größten Teil Frauen, besuchten Vollerversammlung am 12. d. M. im Lokal von Huber referierte Genossin Ottilie Waader über: „Wie kann sich die Frau im bevorstehenden Reichstags-Wahlkampf betätigen?“

Große Demonstration für das Frauen-Wahlrecht. Zum nordwestlichen Verfassungsfest am 17. Mai hatten die socialdemokratischen Frauen und die organisierten Arbeiter in Kristiania einen imposanten Demonstrationzug veranstaltet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Heut (Himmelfahrtstag) Familienausflug nach dem Restaurant Herdebrucht bei Köpenick.

Achtung! Fünfter Wahlkreis! Am Sonntag, den 24. d. M., früh 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt.

5. Wahlkreis. Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, findet im Schützenhause, Pionierstr. 6, eine Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins der Frauen Berlins und Umgegend statt.

Rixdorf. Die öffentliche Wählerliste liegt aus: Erfrische im Schulgebäude und zwar im Hof in der Turnhalle.

Wilmerdorf. Am Dienstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, spricht Genosse Fritz Jubel über die bevorstehende Reichstagswahl im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112.

Wilmerdorf. Die Sammelliste zur Reichstagswahl 1903 Nummer 19 307, auf der noch nichts gezeichnet war, ist verloren gegangen.

Friedenau. Eine Abschrift der Wählerlisten liegt beim Genossen Max Flieg, Rheinstr. 21, Laden, zu jeder Tageszeit zur öffentlichen Einsicht aus.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, findet in Lankwitz im Saale des Herrn Wolf, Calandrelli-Strasse 27/29, eine öffentliche Wählerversammlung statt.

Straßen. Die Wählerliste kann den ganzen Tag eingesehen werden im Restaurant von Paul Schöpfs, Alt-Stralau 17.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 23. Mai, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Fisteler“, Friedrichstraße 97, eine Volksversammlung statt.

Nieder-Schöneweide. Am Sonnabend, den 23. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, hält der socialdemokratische Wahlverein hier selbst seine ordnungsmäßige Vereinsversammlung ab.

Erker. Am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 2 Uhr, findet in Woltersdorfer Schule eine Volksversammlung statt.

Parteienossen! Die Wählerlisten liegen aus in Erdis Gesellschaftshaus, beim Gastwirt Julius Habel und beim Genossen Max Bernick, Königstraße 21.

Prozeß gegen die Pommernbank.

Vierzehnter Tag.

In der heutigen Sitzung werden die gegenseitigen Erörterungen über die Taxen und die Behauptung des Staatsanwalts Weerd, daß die Hanel und Wohlischen Taxen vielfach erst abgegeben worden, nachdem die Hypotheken-Darlehen bereits hingegeben waren, noch eine Weile fortgesetzt.

Dann wird Geh. Seehandlungsrat a. D. Dr. Schubart über das Verhältnis der Angeklagten Schulz und Romeid zur Streitbank nach ihrem Ausscheiden aus dem Direktorium vernommen.

Rechtsanwalt Chodziesner: Haben die Angeklagten ihren Einfluß ausgeübt auf Grund ihrer besonderen Sachverständigen-Qualität oder auf Grund anderer Gesichtspunkte?

Zeuge: Das lag in dem ganzen Aufbau des Geschäfts. Auf die Streitbank sollten, wie dies ganz zulässig ist, die Geschäfte abgewälzt werden, welche nach den preuzischen Normativbestimmungen die Pommernbank nicht machen konnte.

Rechtsanwalt Chodziesner: Haben die Angeklagten diesen Einfluß ausgeübt im Interesse der beiden Banken oder in ihrem Sonder-, in ihrem Privatinteresse? — Der Zeuge hat keinen Anhalt, um letzteres zu behaupten.

Angell Schulz: Er habe lediglich auf besonderen Wunsch des Regierungskommissars den Sitzungen des Aufsichtsrats beigewohnt und seine Dienste so lange zur Verfügung gestellt, bis Herr Haameister sich eingearbeitet haben würde.

Die Verhandlung wendet sich sodann den allgemeinen Verhältnissen der Immobilien-Verkehrsbank zu, auf Grund deren die Angeklagten Schulz und Romeid der Untreue gegen die Pommernbank in idealer Konkurrenz mit Betrug und Bilanzverschleierung beschuldigt.

Der Angeklagte Schulz protestiert gegen eine Stelle der Anklage, in welcher gesagt wird: Hatte die Immobilien-Verkehrsbank die Grundstücke um 2300 000 M. überzahlt, so hätte sie sich damit ihr Todesurteil selbst gesprochen.

Weiter behauptet die Anklage, daß die Verleihen einer Anzahl Grundstücke zu den Erwerbsspreisen und den späteren Aufwendungen

Im schrecklichsten Mischverhältnis stehen. Die hohen Belastungen hätten stattgefunden, um der Immobilien-Verkehrsbank die Erfüllung ihrer schweren Verpflichtungen gegen die Kommernbank und die Strelitzbank äußerlich zu erleichtern. Sämtliche Grundstücke, welche von den erworbenen Terrains zu Hausweden verkauft und auch bebaut worden seien, wären bis auf drei subhastiert worden.

Angell. Schulz protestiert auch hier gegen die Nichtigkeit der Folgerungen der Anklagebehörde. Die Belastungen seien nicht zu hohe gewesen, sondern hätten ganz den statutarischen Vorschriften entsprochen. Die Immobilien-Verkehrsbank habe sich ganz brillant entwickelt. Sie habe in elf Jahren nur 49 Grundstücke zur Sicherung ihrer Forderungen erstehen müssen. Die Subhastationen seien darauf zurückzuführen, daß Direktor Behnen sich bei den Bausparvereinen auf Anweisungen an die Handwerker eingelassen habe. Die Immobilienverkehrsbank habe nicht 50, sondern circa 100 Grundstücke zum Zwecke der Bebauung verkauft und diese seien alle bebaut worden.

Der Rest der Sitzung wird ausgefüllt mit dem ausführlichen Gutachten des gerichtlichen Bücherrevisors Bachmann über die Vermögensverhältnisse und die Geschäftsführung der Immobilien-Verkehrsbank. Er sucht in längerem Vortrage nachzuweisen, daß die Bilanzen keine Uebertreibung über die Vermögensverhältnisse gewähren und verschiedene Buchungen zu beanstanden seien. Der Sachverständige legt dar, daß die Bilanzen nach seiner Ansicht vielfach anders hätten gruppiert werden müssen.

Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr.

Lokales.

„Wichtigthuerer“ bei der Wählerlisten-Prüfung.

Allemaal, wenn Wahlen zum Reichstage bevorstehen, ergeht an die Wahlberechtigten der mahnende Ruf: Wahret Euer Wahlrecht; vergewissert Euch, ob Ihr in der Wählerliste steht! Und allemaal, wenn der Wahltag da ist, finden sich unter den zur Wahl Erscheinenden doch wieder eine ganze Menge, die erst jetzt zu ihrer Verwunderung und Ueberraschung erfahren, daß sie nicht in der Liste stehen, die nun ihr Wahlrecht einbüßen, weil sie die Wahlung nicht bezeugt haben.

Wenn das einmal passiert ist, der sorgt dafür, daß es ihm ein zweites Mal nicht passiert. Aber diejenigen, die sich durch ihre eigene Nachlässigkeit um ihr Wahlrecht bringen, werden deshalb doch nicht alle. Ihre Zahl wird nicht einmal geringer. Wenn die nächsten Wahlen herankommen und der alte Ruf von neuem an die Wahlberechtigten ergeht, schlagen wieder ebenso viele andre die Wahlung in den Wind, stehen wieder ebenso viele andre am Wahltag als die Hin eingefallenen da.

Der Anblick, den solch ein nicht wahlberechtigter Wahlberechtigter bietet, wenn er unberichtigter Sache den Wahlstisch verlassen muß, wird vielen unsrer Leser von früheren Wahlen her in der Erinnerung sein. Die Klägerin sagen sich in ihr selber bereitete Mischgeschick, halten den Mund und ziehen in stiller Beschämung ab. Andre werden groß, schimpfen über die Ueberlässigkeit, mit der die Listen aufgestellt seien, und wollen schließlich gar den Wahlvorsteher dafür verantwortlich machen, der selbstverständlich unschuldig ist. Gewöhnlich müssen sie sich dann von dem Wahlvorsteher mehr oder weniger deutlich sagen lassen, daß der Vorwurf der Ueberlässigkeit auf sie selber zurückfällt.

Es ist in der That ein großer Leichtsin, zu glauben, daß man sich unbedingt auf die Listen verlassen dürfe. Bei jeder Wahl, wie gesagt, zeigt sich aufs neue, daß die Listen Lückenhaft sind, daß daher jedem Wähler dringend geraten werden muß, rechtzeitig nachzugehen, ob er darin steht, oder andre für ihn nachsehen zu lassen, falls es ihm selber an der Zeit dazu fehlt. Auch diesmal hat bei der Einsichtnahme der Listen, die jetzt ausliegen und nur noch bis zum Montag eingesehen werden können, sich wieder herausgestellt, daß auf die Listen kein Verlaß ist, und am Ende darf man das in einer Großstadt wie Berlin auch kaum anders erwarten. Beispielsweise haben im fünften Wahlkreis auf dem Bureau des Wahlkomitees, das die dankenswerthe Einrichtung getroffen hat, für die Wähler des Kreises eine eigne Abschrift der Listen täglich bis Abends 10 Uhr auszulegen, schon in den ersten Tagen an 30 Personen die Entdeckung machen müssen, daß sie nicht in den Listen verzeichnet sind. Und bei der Durchsicht der Wählerliste in einem einzigen Bezirk des Hafensideviertels ergab sich, daß dort 82 Wähler nicht in der Liste eingetragen waren!

Darum wahret Euer Recht, Wähler, und seht die Listen nach! Beantragt die nachträgliche Einreihung, wenn Euer Name darin fehlt und sorgt auch dafür, daß die Angaben über Wohnung und Beruf fehlerlos vermerkt sind. Ein freisinniges Blatt, die „Berliner Zeitung“, macht sich lustig über die „Wichtigthuerer“, die bei der Einsichtnahme auch die geringsten Abweichungen (z. B. „Schulze“ und „Schulz“, „Tischer“ und „Tischlermeister“) verbessern lassen. Es ist ja ein billiges Vergnügen, diese Vorkehrung zu verpöhlen. Aber am Wahltag pflegt mancher der gutfreimüthigen Wahlvorsteher den „Wichtigthuerer“ zu machen und jeden zurückzuweisen, dessen „Rationale“ nicht ganz genau stimmt.

Wie die „Staatsbürger-Zeitung“ schwindelt. Unsere Parteigenossen, die am Montag die Versammlung in der Alhambra (viertel Wahlkreis) besuchten, mögen auf Grund eines Verichts, den die „Staatsbürger-Zeitung“ über diese Versammlung bringt, beurteilen, was das Antisemitentblatt zusammenlügt, um eine socialdemokratische Wählerversammlung als einer Föbelhausen erscheinen zu lassen. Hier eine Probe der „geistigen Arbeit“ eines „nationalen“ Zeitungsschreibers:

„Der nationale Kandidat des 4. Reichstags-Wahlkreises, Schriftsteller Wegner, sprach Montagabend in einer socialdemokratischen Versammlung in der Alhambra.“

Das Benehmen der Versammlungsteilnehmer gegen den Redner übertraf so ziemlich alles bisher Dagewesene. — Wegner wurde permanent durch die albernsten, gehässigten Zwischenrufe, wie: „Jetzt kommt der Theater“, „Bist wohl übergeschnappt“, unterbrochen.“

Einige mit Herrn Wegner erscheinende nationale Wähler wurden im Verlaufe des ganzen Abends in der unsäglichsten Weise beschimpft und beschöndelt und mühten Worte wie: „Da sitzen ja die konservativen Galanten, haut doch die Hände mit nem Knäppel raus, Spitzbuben etc.“ über sich ergehen lassen. Eugen Richter, so sehr wir auch seinem politischen Standpunkte fernstehen, dürfte wohl mit seiner letzten Antwort auf den Versuch, ihn in eine socialdemokratische Versammlung als Gast zu laden, recht gehabt haben. Es ist mit der Ehre eines anständigen Menschen thatächlich nicht vereinbar, sich in derartige Versammlungen zu begeben.“

Gegenüber dieser lägenhaften Darstellung sei einfach festgestellt, daß Herr Wegner keine Redereien ohne jede Störung zu Ende geführt hat. Zwischenrufe, die aber einen durchaus parlamentarischen Charakter hatten, sind wohl laut geworden, man hat stellenweise über Wegners Gedächtnis gelacht, oder gegen allzu grobe Anreden der Socialdemokratie protestiert, wie das in einer Versammlung, wo sich Wegner gegenüberstellen, nicht anders sein kann. Anmerkungen, wie sie die „Staatsbürger-Zeitung“ anführt, haben wir nicht gehört.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ glaubt und hofft, daß Herr Wegner nun definitiv die Luft vergangen sein wird, sich in socialdemokratischen Versammlungen anzuweisen zu lassen.

Herr Wegner ist nicht angepöbelt worden. Aber es ist ihm in dieser Versammlung so gegangen, wie schon vorher in andern: Er ist dem Wegner, mit dem er sich messen wollte, unterlegen, und

bei den Arbeitern, die er der Socialdemokratie abwendig machen wollte, gründlich abgefallen. Die „Staatsbürger-Zeitung“ möchte ihrem Kandidaten weitere Niederlagen ersparen, deshalb lügt sie, er sei angepöbelt worden, um ihm einen Scheingrund zum Rückzug zu geben!

Die kühle Witterung des Monat Mai ist, so unangenehm sie von den Großstädtern empfunden wird, den Landwirten außerordentlich willkommen, da sie der Insektenentwicklung recht hinderlich ist. Ganz besonders ist die Landplage des Mai, als welche die Maitäfer angesehen werden, wie im Vorjahre so auch in diesem Jahre fast völlig ausgeblieben, allerdings zum Leidwesen unsrer Kleinen, bei denen die Maitäfer auf der „Börse“ einen ungewöhnlich hohen Wert erreicht haben. Auch die übrigen Insekten können bei der kühlen Witterung nicht zur Entwicklung kommen, wodurch dem Obst und Erdfrüchten eine gute Entwicklung gesichert ist. Allerdings ist die Obsternie durch starke Hagelschläge, die in den letzten Tagen fast in ganz Norddeutschland niedergingen, teilweise beeinträchtigt worden. Dagegen hat das Getreide gar nicht gelitten, es steht allenthalben vorzüglich und dürfte in diesem Jahre hoffentlich eine vorzügliche Ernte abgeben. Die alte Bauernregel: „Ist der Mai kühl und naß, fällt's dem Bauern Scheum und Jah“, dürfte sich hoffentlich bewahrheiten.

Die Ueberweisung von Schulkindern an die Nebenklassen für Schwachbefähigte, die an den Berliner Gemeindefschulen eingerichtet sind, findet nicht immer den Beifall der Eltern der davon betroffenen Kinder. Da vorläufig nur mit einer verhältnismäßig geringen Zahl von Gemeindefschulen, mit noch nicht einem Fünftel der Gesamtzahl, Nebenklassen verbunden sind, so werden manche Kinder durch die Ueberweisung an eine solche Klasse gezwungen, einen erheblich längeren Schultweg als bisher zurückzulegen. Dieser Uebelstand wird besonders dann als sehr unangenehm empfunden, wenn ein Kind, wie es bei Schwachbefähigten nicht selten vorkommt, auch körperlich von einer gewissen Unbeholfenheit ist. Gelegentlich sehen Eltern der Ueberweisung ihres Kindes an eine Nebenklasse offenen Widerstand entgegen. So hat sich ein Vater, der im Königsviertel (Riehmansstraße) wohnt, geweigert, sein Kind bis nach der Gipstraße in die Schule zu schicken. Das Kind soll dort an dem Unterricht einer Nebenklasse teilnehmen, aber der Vater erklärt, daß der Weg für das Kind zu weit sei.

Ein angeblicher Millionär wurde gestern als Schwindler verhaftet. Ein 25jähriger Barbier Paul Reitschlag war einmal auf einen Schwindlerkurs zurückgekommen, der früher beliebt, aber nun schon lange Zeit vergessen war. Der Trick ist etwas plump, zog aber doch noch wieder. Reitschlag schrieb sich selbst Briefe, die so ausfähen, als ob eine Bank oder dergleichen sie an ihn gerichtet hätte, um ihm mitzuteilen, daß sein Vermögen durch Zuschlag von Zinsen und Zinseszinsen schon auf so und so viel — natürlich nicht zu wenig — angewachsen sei. Durch Heranziehen dieser Schriftstücke kam er in den Ruf eines millionenreichen Mannes, der ungenügend Schausmacher und Schneider, kurz alle Handwerker, die er brauchte, und nicht minder die Gastwirte anruppen konnte. Auch ein Millionär kann ja mal für den Augenblick in Verlegenheit kommen. Ein Gastwirt, bei dem der schwer reiche Mann schon einige Zeit verkehrte, traute ihm aber doch nicht und ließ ihn gestern festnehmen. Nun stellte sich heraus, daß der vermeintliche Millionär ein mittelgroßer Barbier ist und schon viele Leute geprellt hat. Der Schwindler wurde in Untersuchungshaft gesetzt.

Ein heftiger Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Müllwagen fand in der verflochtenen Nacht an der Monumentenbrücke in Schöneberg statt. Zur genannten Zeit fuhr ein Müllwagen der Firma Knauer unmittelbar vor einem herankommenden Straßenbahnwagen der Linie Schöneberg-Nixdorf auf das Geleise. Das letztere überfuhr mit solcher Gewalt auf den Lastwagen auf, daß die Vorderplattform und Stirnwand des Kraftwagens eingebrochen wurde. Der Fahrer des letzteren, Galeski, erlitt hierbei Querschnitte der Beine und der in dem Straßenbahnwagen sitzende Passagier Weier aus der Herbrandstraße durch umherfliegende Glassplitter Verletzungen im Gesicht.

Ein Panik im Straßenbahnwagen verursachte am Freitagabend um 8^{1/2} Uhr das Plagen der Bleisicherung vor dem Hause Brunnstraße 30. Nach dem Anfall schlug eine hohe Feuerkante aus dem Gefelle empor. Die Fahrgäste verließen den Wagen in eiliger Flucht. Ein Mann aus der Invalidenstraße 163 wurde halb ohnmächtig. Als die zu Hilfe gerufene Feuerwehr kam, war der Wagen schon weggefahren.

Ein schwieriges Rettungswerk vollbrachte gestern der Kaufmann Kochmann aus Berlin, der sich zur Zeit in Woltersdorf in der Sommerfrische befindet. Ein Berliner Ausflugler hatte auf dem Kalfsee eine Fahrt in einem Ruderboote unternommen, welches verunmüthlich infolge einer Unvorsichtigkeit des Insassen kenterte. Der Verunglückte, der des Schwimmens unkundig war, suchte sich durch Klappern mit den Händen über Wasser zu halten, was ihm auch vorübergehend gelang. Trotzdem wäre er zweifellos ertrunken, wenn der Vorgang nicht von Herrn K. beobachtet worden wäre. In einem Ruderboote eilte er dem mit den Wellen kämpfenden zu Hilfe und es gelang ihm auch, noch rechtzeitig die Unfallstelle zu erreichen. Als der Kaufmann den Ertrinkenden erfasste, kammerte sich dieser derartig an den Arm des Retters an, daß auch das zweite Boot zu kentern drohte. Nur mit großer Mühe gelang es Herrn K., den Verunglückten zu sich ins Boot zu ziehen, der in einem Lokale in Woltersdorf Aufnahme und Hilfe fand.

Beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen ist gestern Abend gegen 1/10 Uhr die beabsichtigte sich hier selbst anhaltende Tochter des Bürgermeisters Sanddorf aus Heideberg schwer zu Schaden gekommen. Die junge Dame, die den Wagen 221 der Straßenbahnlinie 87 benutzte, wollte diesen in der Hauptstraße am Lindenpark verlassen und sprang, ohne die Warnung des Schaffners zu beachten, von der Hinterplattform des in schneller Fahrt befindlichen Waggons. Fräulein S. stürzte und fiel so unglücklich, daß sie einen Bruch des linken Wadenknöchels erlitt. Von der Unfallstation aus wurde die Verunglückte nach der Wohnung ihrer Verwandten in der Helmstraße in Schöneberg gebracht.

In einer Drohsche erschossen hat sich gestern Abend gegen 10 Uhr ein 22 Jahre alter Schneidergeselle Thomas Sutinik, dessen Verhältnisse noch nicht weiter bekannt sind. Der junge Mann wohnte vor 1^{1/2} Jahren einmal bei einem Gärtner in der Pestalozzistr. 104 zu Charlottenburg und meldete sich von dort nach Berlin ab, zog aber nicht in die angegebene Wohnung. Man weiß daher nicht, was er inzwischen getrieben und wo er sich aufgehalten hat. Gestern Abend nahm er sich in Berlin eine Drohsche zweiter Klasse, um nach Charlottenburg zu fahren. Am großen Stern angekommen, hörte der Aufseher einen Schuß fallen und fand seinen Fahrgast im Wagen in seinem Blute schwimmen. Auf Veranlassung eines Schutzwachmannes fuhr er gleich mit ihm nach der Rettungswache in der Altonaerstraße, bei der Ankunft aber war der Verwundete schon tot.

Den Tod auf den Straßenbahnstufen suchte heute morgen um 8 Uhr die 25 Jahre alte aus Schneidemühl gebürtige Ehefrau Johanna des Gasaufstellers Briefe aus der Melanckonstr. 26. Seit vier Jahren verheiratet, verlor die Frau durch den Tod schon zwei Kinder im Alter von nur wenigen Wochen. Damals wurde sie vom Gelenkrheumatismus befallen, der sie drei Wochen an das Krankenhaus fesselte. Als sie daraus vor vierzehn Tagen entlassen wurde, war sie sehr nervös. Ihr Mann ließ sie daher nicht gern ohne Aufsicht und bat heute morgen, als er nach der Gasaufst. in der Müllerstraße ging, eine Nachbarin, sie zu belagern in der Lindeburgerstraße zu bringen. Auf dem Wege dorthin entließ die Kranke ihrer Begleiterin und warf sich in der Straße Alt-Weinb. in der Nähe der Weststraße vor dem Straßenbahnwagen Nr. 306 der Linie Charlottenburg-Stettiner Bahnhof. Obwohl der Fahrer Nr. 118 im letzten Augenblick Dremste war er nur konnte, geriet sie doch unter die Plattform und den Wagen, so daß man diesen hochheben mußte, um sie zu befreien. Während jedermann glaubte, daß sie tot oder mindestens schwer verwundet sein werde, kam sie mit einer ganz unbedeutenden Quetschung an der Stirn davon. Ein

Schutzmann brachte die Unglückliche zu ihrer eignen Sicherheit nach der Wache des 4. Reviers.

Ein größerer Fabrikbrand kam gestern Abend gegen 8 Uhr in der Alexandrinenstraße 119/120 in der Schuh-Glasurwaren-Fabrik von Gebrüder Kroner aus noch nicht ermittelter Ursache aus. Schon vor einem Jahre wurde dieselbe Fabrik von einem Brande betroffen. Diesmal kam das Feuer im Lagerraum auf dem zweiten Hofe im Dachstuhl aus und gewann sehr schnell an Ausdehnung, so daß die Feuerwehre mit mehreren Schlauchleitungen über auf dem Hofe errichtete mechanische Leitern hinweg vorgehen mußte. Es dauerte fast eine Stunde, bevor die Gefahr als beseitigt galt, doch nahmen die Aufräumungsarbeiten noch lange Zeit in Anspruch. Vernichtet wurde in der Hauptsache Verpackungsmaterial und ein Teil des Dachstuhles. Wenn auch der Fabrikbetrieb aufrechterhalten wird, so erleidet doch der Verband vorläufig eine große Störung. — Außerdem hatte die Wehre in den letzten 24 Stunden über ein Duzend Alarmierungen zu verzeichnen.

Von der Feuerwehre überfahren wurde Dienstagabend der 81jährige Arbeiter Hermann Frey aus der Gerichtstr. 16 an der Ecke der Kolberger- und Gerichtstraße. Der Dampfprisenzug 16 aus der Bankstraße kam von einem Feuer und besand sich auf der Rückkehr ins Depot. Frey achtete auf das Klingeln nicht und lief unmittelbar vor den Tender des Löffzuges. Dem Fahrer war es nicht möglich, rechtzeitig die Pferde zum Stehen zu bringen. Der Unglückliche wurde überfahren. Er wurde sofort von der Feuerwehre in die Feuerwache gefahren und hier verbunden. Die erlittenen Verletzungen sollen nicht schwer sein.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung lag am Montag bezüglich der Verschiebung der Dezerate und der Förderung des Krankenhausbauens eine vom Magistrat gegebene gedruckte Antwort vor, deren letzteren Teil wir bereits kurz skizziert haben. Obwohl die Dezentalkheit in der Frage des neuen Krankenhauses ein lebhaftes Interesse hatte, ging die Versammlung kurzer Hand darüber hinweg und beschloß auf Antrag des Stadtverordneten Lessig, diese magistratliche Antwort in nichtöffentlicher Sitzung zu besprechen. Zur Verhütung der Bürgerkassette wird diese Art der Erledigung gewiß nicht beitragen. — Ueber die Zweckmäßigkeit der Entsendung von sechs Stadtverordneten — natürlich nur Deputationsmitgliedern — zur Städte-Ausstellung nach Dresden entwickelten sich recht verschiedene Ansichten. Werden doch für jeden Teilnehmer nicht weniger als 94 Mark gefordert. Mit Recht wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß bei der kurzen Entfernung zum Ausstellungsort gewiß verschiedene Mitglieder vorhanden sein werden, die die Kosten einer solchen Vergnügungsdreise ganz gut aus eignen Mitteln bestreiten könnten und daß die für die Kommune daraus sich ergebenden Vorteile durch eine eventuelle Verschickung recht minimale sein würden. In einem Ausschuss soll indes diese Sache weiter ge-regelt werden. — Gelegentlich der Forderung von 312 M. zur Beschaffung von noch 26 Urnen zur Reichstagswahl erklärte auf eine Anfrage über die vorgeschriebenen Isolierräume der Oberbürgermeister, daß nach seiner Auffassung nur ein isoliert stehender Tisch genüge, um den gefälligen Vorschriften zu entsprechen. — Die Magistratsforderung von 500 M. zum Besuche des Internationalen Feuerverhältnisses-Kongresses in London durch den Branddirektor Flöter soll ebenfalls in — nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden. Es könnten ja hier noch persönliche Dinge mit berührt werden. — Zwecks Förderung des für das Westgelände zwischen der Erfurterstraße und der Straße R. vorgesehenen Stadtparkes soll ein öffentliches Preisausschreiben erfolgen, wozu 3000 M. bewilligt werden. — Für die Asphaltierung der Eisenacherstraße zwischen Grunewald- und Apffel Paulusstraße werden 23 000 M., desgleichen für Asphaltierung der Gothaerstraße zwischen Grunewald- und Apffel Paulusstraße 19 000 M. bewilligt, ferner zur Enteignung einer eisenbahn-fiskalischen Parzelle an der Unterführung der Ringbahn in der Hauptstraße die Genehmigung erteilt.

Schöneberg. Die Wahlbezirk-Einteilung für Schöneberg ist bereits erfolgt und die Stadt in 33 Bezirke eingeteilt worden. Nach der Feststellung der Wählerlisten, in denen die April-Umzüge mit heriaufgeführt sind, im Gegensatz zu Nixdorf, beträgt die Anzahl der Wähler im ganzen 26 580. Der bisherige neunte Stadtbezirk, aus dem zum größten Teile der 21. Reichstags-Wahlbezirk gebildet ist, besitzt die größte Zahl der eingeschriebenen Wähler, nämlich 1264, dem als kleinster der 28. Wahlbezirk mit nur 241 Wählern gegenübersteht. Den thätigen Genossen steht somit eine ernste und umfangreiche Arbeit bevor, deren Erfolg sich hoffentlich in der Verdoppelung der auf unsere Kandidaten entfallenden Stimmen zeigen wird.

Wilmsdorf. In dem Hause Preussischestr. 5 wurde im Müllkasten die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden. Das noch nicht 17 Jahre alte Dienstmädchen des Restaurateurs H. Arnold, Maria Janlowitz aus Wartha in Schlesien, hatte sich seiner in der vorigen Woche Mittwoch unbemerkt entledigt. Obwohl zur Zeit in der Restauration viel Arbeit ist wegen der in der Nähe stehenden Bauten, besorgte sie ihre Arbeit in gewohnter Weise. Erst die Entdeckung der Leiche führte zu dem Verdacht, da die Bettwäsche darauf deutende Spuren enthielt. Die Kriminalpolizei verhaftete am Montag die J., welche bereits gefänglich ist.

Zehlendorf. Eine so stattliche Wählerversammlung wie die gestern, Mittwochabend, vom konservativen und nationalen Wahlverein einberufene hat Zehlendorf bisher noch nicht gesehen. An 1000 Wähler hatten sich eingefunden. Nach dem für eine so starkbesuchte Versammlung auffallend dümmelnden Kaiserhoch erklärte der Vorsitzende, daß nach dem Refektar des konservativen Kandidaten Frey Hammer in der Diskussion die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt sei. Trotz der eindringlichen Vorstellungen des Genossen Köster, wenigstens unsern Kandidaten Jubel und beschränkte Redezeit zu gewähren, blieb der konservative Herr bei seinem mutvollen Anspruchs. Nun forderte Genosse Köster die anwesenden Parteigenossen auf, den Saal zu verlassen. Und siehe da, über 800 Wähler verließen unter immer erneuten brandenden Hochrufen auf die Socialdemokratie und Jubel den Saal, während ganze 130 Männlein zurückblieben, Herrn Hammers Weisheit zu hören. Alle aber, die den Saal verließen, besaßen nur der eine glühende Gedanke, am 16. Juni dem jämmerlichen Vorgehen der Gegner die gebührende Antwort zu geben.

Rotowies. Um den Reichstagswählern von Rotowies-Neuendorf Gelegenheit zu geben, den konservativen Kandidaten unsres Kreises, Ralmermeister a. D. Hammer, kennen zu lernen, hatte der konservativ Wahlverein für vergangenen Montag eine öffentliche Wähler-Versammlung einberufen, zu welcher durch Briefe und Plakate alle nationalgesinnten Wähler eingeladen waren. Natürlich versäumten auch die Socialdemokraten nicht, sich den oben erwähnten Hammer, mit dem man hoffte, die Socialdemokratie in unserm Kreise zu geschnitten, näher anzusehen und waren in einer Anzahl erschienen, wie man sie nur bei außerordentlichen Anlässen in unsern Versammlungen sieht. Der Vorsitzende, Lehrer Hecht aus Neuendorf, erklärte nach Eröffnung der Versammlung, daß das Lokal für den betreffenden Abend vom konservativen Wahlverein gemietet sei und er das Hausrecht habe und dasselbe ausüben werde, falls die Versammlung sich nicht seinen Anordnungen fügte; wenn dies nicht passe, möge das Lokal verlassen. Hiernach hielt er eine längere Rede über die „herborgernden“ Eigenschaft Hammer, welcher in den Vororten Berlin ein sehr bekannter und beliebter Mann sei. Wenn Herr Hammer auch nicht konservativ sei, so habe der Reichstags-Wahlverein und die konservativ Partei ihn doch zu seinem Kandidaten ertoren, da er eine Person sei, auf die alle bürgerlichen Stimmen sich berufen könnten, denn derselbe habe sich besonders als Verehrter der Bestrebungen des Mittelstandes sowie im Kampfe gegen die Spar-, Konsum-, Rabotvereine und Warenhäuser einen Namen gemacht. Bezüglich der Aussichten für die Wahl erklärte der Vorsitzende, daß

diese für die konservative Partei (mit ihrem nicht-konservativen Kandidaten, der Reichert) die besten seien, da der Kreis bereits fünfmal durch einen konservativen und erst zweimal durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten war. Nachdem Redner mit einem Kaiserhoch seine Ausführungen geschlossen hatte, bat Genosse Grün um Wort zur Geschäftsordnung. Darauf wurde ihm vom Vorsitzenden erklärt, daß es keine Geschäftsordnung gebe und er ihm das Wort nicht erteile. Hierauf erklärte Genosse Hoffmann, daß ein derartiges Verhalten vom Vorsitzenden völlig ungerechtfertigt sei und sich nur dadurch erklären lasse, daß derselbe nicht die geringste Ahnung vom Parlamentarismus habe; da diese Versammlung eine öffentliche und keine Vereinsversammlung sei, habe dieser darüber zu bestimmen, ob einem Redner das Wort erteilt werden soll, und nicht der Einberufer. Diesen Einwendungen gegenüber blieb der Vorsitzende die Antwort schuldig und erteilte Herrn Hammer das Wort, ohne unsere Genossen Gruß sprechen zu lassen. Dies veranlaßte Genossen Hoffmann, die Sozialdemokraten aufzufordern, mit ihm den Saal zu verlassen, und unter Hochrufen auf die Partei und den sozialdemokratischen Kandidaten Jubel verließ der größte Teil der Versammlung das Lokal, welches sofort verschlossen und erst wieder geöffnet wurde, als unferseits ein Gendarm veranlaßt wurde, die Gesehe in derselben Weise zu handhaben, wie dies bei sozialdemokratischen Versammlungen der Fall ist. Ohne gegen den konservativen Kandidaten persönlich zu werden, müssen wir doch erklären, daß er durch sein völlig passives Verhalten bei diesen Vorgängen einen geradezu kläglichen Eindruck auf unsre Genossen gemacht hat. Nun, wir hoffen, daß auch die Wähler von Kottbus-Neuendorf am 16. Juni darauf verzichtet werden, einem Manne ihre Stimme zu geben, der nicht einmal den Mut hat, seinen Gegnern durch Rede und Antwort entgegenzutreten.

Der Tod eines Schulknaben. In Kottbus bei Potsdam ist der zehnjährige Sohn des Ladirers Schwere unter Umständen gestorben, die zur gerichtlichen Beschlagnahme der Leiche und Anordnung einer Sektion Veranlassung gaben. In voriger Woche hatte der Knabe während des Turnunterrichts von dem Lehrer einen Schlag auf das Arie bekommen, der eine Anschwellung zur Folge hatte. Der Knabe mußte am Freitag in das Oberlin-Krankenhaus in Kottbus gebracht werden, wo er nach zweitägigem Krankenlager verstarb. Durch die Sektion soll nun festgestellt werden, ob zwischen der Züchtigung, die der Knabe bei der Turnübung erhalten, und seinem Tode ein Zusammenhang besteht.

Adlershof. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß für die Schulverwaltung 5000 M. außerordentliche Staatsbeihilfe widerwillig gewährt wurde. Durch die Einberufung des fortifikalischen Geländes in den hiesigen Gemeindebezirk vergrößert sich das Gemeindegebiet um 541 Hektar, auch kommen dadurch das Köpenicker Steuerhaus, das Restaurant „Rustwald“ und die Kanalbau-Verarbeiten bei Alt-Blumende mit insgesamt 30 Einwohnern zur Gemeinde. Die Ausschreibung betreffs Reinigung der Straßen, welche die Gemeinde übernommen hat, ergab Offerten von 5000, 4100, 2700 und 1200 M. Die Straßen-Deputation beantragte, dem Fuhrherrn Kühner in Köpenick, welcher 1200 M. geboten hatte, den Zuschlag zu erteilen. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß bei einem solch niedrigen Angebot mit Sicherheit anzunehmen wäre, daß die mit der Reinigung beauftragten Arbeiter auch einen sehr niedrigen Lohn erhalten würden, weshalb sie beantragten, dem Gebot mit 2700 M. den Zuschlag zu erteilen, eventuell einen Zusatz in den Vertrag aufzunehmen, daß der Unternehmer verpflichtet wird, mindestens den ordentlichen Tagelohn an die Arbeiter zu zahlen. Trotzdem sich kein Mitglied der Gemeindevertretung gegen diesen Antrag aussprach, wurde derselbe bei der Abstimmung mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Friedrichsfelde. Trotz lebhafter Bemühungen ist es den Genossen bisher nicht gelungen, in den Ostbahndörfern von Wiesdorf bis Dahlen ein Saal zu Verfassungen zu erhalten. Ueberall begegnen sie dem Hinweis, daß diejenigen Wirte, die es gewagt haben, den Saal zu Verfassungen herzugeben, unter polizeilicher Aufsicht zu leiden hätten. Und doch wäre es möglich, diese Wirte zu zwingen, wenn die Arbeiter mehr Energie zeigten. Besonders sind es die nach Hunderten zählenden Kolonisten in Kaulsdorf und Mahlsdorf, die, obgleich Berliner, sich draußen keinen Dreck um Arbeiterbewegung kümmern, ja sogar den wenigen Genossen auf dem Lande in den Rücken fallen, indem sie in Lokalen, die der politischen Arbeiterbewegung verschlossen sind, ihre Interessensversammlungen abhalten. Diese Wirte erklären lächelnd: „Wir machen unser Geschäft doch!“ Dasselbe erklärt auch der Besitzer der Waldschänke, Kupisch in Karlshorst.

Eigenartige Zustände bei der Wasserbauverwaltung der Regierung zu Potsdam wurden vor der Potsdamer Strafkammer zur Sprache gebracht, vor welcher sich der Wasserbau-Inspektor Arthur Winter wegen thätlicher Verleumdung des akademisch gebildeten Technikers Muthbauer zu verantworten hatte. In Abwesenheit des königlichen Baurats Düsing führte Winter die Oberaufsicht in dem Bureau der Wasserbauverwaltung, bei welcher Muthbauer als Hilfsarbeiter thätig war. Als sich letzterer nun mit einem andern Beamten im Dezember etwas laut dienstlich unterhielt, rief ihm Winter befehlend zu, er solle seinen Mund halten. Muthbauer vertrat sich dies, und nun verlangte Winter am nächsten Tage, daß derselbe Abbitte leiste, vertweigerte auch die Herausgabe einer Zeichnung. Muthbauer reichte nun bei dem Bauat Düsing eine Beschwerde über Winter ein, welche der Bauat am 11. Dezember v. J. durch persönliches Verhandeln mit beiden Parteien erledigen wollte. In Bureau ließ er sich von Muthbauer den Sachverhalt vortragen, doch kam dieser nicht weit, denn Winter unterbrach ihn und schilderte nun dem Bauat den Sachverhalt in seinem Sinne. Darüber wurde nun Muthbauer aufgebracht und rief Winter zu: „Das läßt Sie!“ Dieser wurde darüber so erregt, daß er im Umfassen Muthbauer bei der Brust packte und gewaltsam zur Thüre hinaudwarf. Als Muthbauer zudem noch von der Wasserbau-Verwaltung entlassen wurde, strengte er gegen Winter die Privatklage an. Das Schöffengericht erachtete Winter zwar der thätlichen Verleumdung für schuldig, aber für straflos, weil Kompensation der Verleumdung vorliege (1) Muthbauer sollte sämtliche Kosten, auch die des Winter, tragen. Er legte hiergegen Berufung ein und erzielte vor der Strafkammer den Erfolg, daß Winter drei Viertel der Kosten auferlegt wurden, während Muthbauer ein Viertel zu tragen hat. Die Verleumdung Winters wurde wiederum für kompensiert erachtet.

Gerichts-Zeitung.

In dem mehrjährigen Prozeß gegen die „Schwarze Bande“ ist gestern nachmittags das Urteil verkündet worden. Der Gerichtshof hat auf Grund der Beweisführung für erwiesen erachtet, daß die Angeklagten im gemeinsamen Zusammenwirken darauf ausgegangen sind, die Lieferanten, die sie durch falsche Vorpiegelungen geneigt gemacht hatten, mit ihnen in Verbindung zu treten, nicht zu bezahlen. Sie haben nicht wie ehrliche Kaufleute gehandelt, die Unglück gehabt haben, sondern wie Betrüger, die leichtgläubige Leute in der Provinz prellten. Das Urteil lautet: gegen August Wauer auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis; gegen Remke auf 3 Jahre 3 Monate; gegen Bonus auf 2 Jahre; gegen Stättrop auf 2 Jahre 9 Monate; gegen Schmidt auf 1 Jahr 6 Monate; gegen Gottlieb Wauer und Raabe auf je ein Jahr 3 Monate und gegen Kiehl auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis nebst entsprechendem Ehrverlust. Den Angeklagten wurden je drei Monate, Remke und Bonus je sechs Monate Gefängnis auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Unzulässige Polizeivorwarnung des Berliner Polizeipräsidenten. Die Polizeiverordnung vom 15. Februar 1902, betreffend die Hoch- und Untergrundbahn Berlin, bedroht den mit Geldstrafe, der mit einer Fahrkarte 3. Klasse einen Wagen der 2. Klasse der Hoch- und Untergrundbahn benutz. Ein Herr Kay, der ein Billet 2. Klasse

für 15 Pf. am Schalter forderte, hatte ein solches 3. Klasse erhalten. Ohne darauf zu achten, benutzte er die 2. Klasse. Er wurde deshalb wegen Uebertretung des § 3 der genannten Polizeiverordnung, worin jenes Verbot ausgesprochen ist, angeklagt und in zweiter Instanz vom Landgericht I auch zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht nahm an, daß Kay zum mindesten fahrlässig gehandelt habe; er hätte sich die Fahrkarte ansehen müssen und wäre verpflichtet gewesen, auf keinen Fall ohne ein Billet 2. Klasse die 2. Klasse zu benutzen.

Der Strafsenat des Kammergerichts gab der Revision des Angeklagten statt und sprach ihn frei. Begründend führte Präsident Lindenberg aus: Die angezogene Bestimmung des § 3 der Polizeiverordnung vom 15. Februar 1902 sei rechtsungültig. Die Polizei dürfe allerdings den Verkehr auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen usw. regeln. Aber das Polizeiverordnungsrecht sei beschränkt auf Gebiete, wo der öffentlichen Ordnung im Sinne des § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts Gefahr drohe. Es wäre nicht einzusehen, wieso die öffentliche Ordnung im allgemeinen bedroht werde, wenn Leute in der 2. Klasse mit einem Billet 3. Klasse fahren, statt in der dritten. Der Grund der Verordnung dürfte denn auch sein, die Kontrolle im Bahnbetriebe zu erleichtern. Das liege indessen außerhalb des Polizeiverordnungsrechts der Polizei, deshalb müsse die Gültigkeit der Bestimmung verneint werden. — In den Staatsbetrieben werde derselbe Zweck in ganz richtiger Weise durch Vorschriften in der Betriebsordnung erreicht, die für den Fall der Uebertretung Ordnungsstrafen festsetze.

Versammlungen.

Die Militäreffekten-Sattler besprachen am Montag in einer öffentlichen Versammlung die Arbeitsverhältnisse in ihrer Branche im allgemeinen und die bei der Firma Loh Söhne herrschenden im besonderen. Eine Einladung zu dieser Versammlung hatte die Firma ablehnend beantwortet, indem sie sich auf die völlige Jurisdiktion ihrer Arbeiter berief. Haderbusch als Referent schilderte nun, wie die meisten Arbeiten, für die ein halbwegs annehmbarer Tarif vereinbart sei, einfach an Heimarbeiter zu erheblichen niedrigeren Löhnen vergeben werden. So beschäftigt die Firma Loh Söhne nur 12 Werksstätten, dagegen aber 45 Heimarbeiter. Letztere halten nur sehr wenig zusammen, weshalb sich einer immer billiger anbietet als der andre. Ja, sie lassen sich noch durch Zwischenmeister ausbeuten, die für die Arbeiten auch nicht mehr bekommen wie andre Werkstatthandwerker, dafür aber den Heimarbeitern erheblich weniger zahlen, um an ihnen zu verdienen. Da ist es denn kein Wunder, daß die Leute bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von 27 Pf. von morgens 5 Uhr bis nachts 1 Uhr arbeiten, um einen auskömmlichen Verdienst zu erzielen. Als ein besonders eifriger Förderer dieses Heimarbeiter-Systems wurde der Meister Barg bezeichnet. Bei früheren Gelegenheiten redeten sich die Fabrikanten immer damit heraus, daß sie erklärten, die Heimarbeit nicht entbehren zu können, weil sie bei plötzlichen großen Bestellungen nicht genügend neue Räume anlegen resp. mieten könnten, als sie für die dann notwendig zu beschäftigenden Arbeiter gebrauchen müßten. Ihr ganzes Verhalten zeigt indessen, daß sie die Heimarbeit nur um der Lohnrückerei willen hegen und pflegen. Ja, sie suchen die Werkstatthandwerker förmlich in die Heimarbeit hineinzudrängen, indem sie dieselben teilweise in miserablen, schlecht ventilierten und ebenso schlecht beleuchteten Kellern arbeiten lassen. Nachdem auch mehrere anwesende Heimarbeiter für einen festeren Zusammenschluß mit den Werkstatthandwerkern eingetreten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die systematische Nüchternung der Heimarbeit durch den Meister Barg. Sie fordert die Direktion auf, der Heimarbeit dadurch Einhalt zu thun, daß sie nicht eher Arbeit aus dem Hause giebt, bis die leerstehenden Räume besetzt sind.“ — Ferner wurde beschlossen, daß am Dienstag bei den Firmen Cobau, Hoffmann und Loh Söhne je eine aus Werkstatthandwerkern und Heimarbeitern bestehende Kommission vorstellig werde, um eine Lohnserhöhung für Gendarmen-Radsachen von 5 M. auf 6,50 M. zu fordern.

Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). In der am Montag in der „Neuen Welt“ abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde in der Stichwahl Ficius mit 1287 Stimmen als Verbandsbeamter gewählt. Wuschid erhielt 778 Stimmen. Hierauf gab Cohen eine Darstellung der Ursachen und des bisherigen Verlaufs der Aussperrung in Hieslohn. Entsprechend den Vorschlägen der Vertrauensmänner-Konferenz wurde beschlossen, für den Monat Mai zwei Extrabeiträge à 30 Pf. zu erheben. Sollte bis zum 1. Juni die Aussperrung nicht beendet sein, so wird derselbe Extrabeitrag auch für den Monat Juni erhoben. Für die beiden Monate würde das eine Unterstützungssumme von je 18 000 M. ergeben. Vornehmlich sei, daß der Beschluß einstimmig und unter allerseitigen Erworben gefaßt wurde. Ferner verpflichteten sich die Anwesenden, jeden Versuch der Fabrikanten, von Berlin aus Streikbrecher nach Hieslohn zu senden, mit allen zulässigen Mitteln zu verhindern.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin). In der letzten Mitgliederversammlung gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung erklärt, daß sie nach wie vor den Lohnstarif für die Pfingstfeiertage aufrecht erhält. Sie erwartet, daß die Kollegenchaft in allen Arbeitsnachweisen von Berlin aus das energische für die Durchführung derselben eintritt und entsprechend den von den verschiedenen Berliner Fachvereinen im Mai 1900 gefaßten Beschlüssen keine Aushilfe-Arbeit für Keller unter 5 M. für den ersten und zweiten Feiertag und 3 M. für den dritten Pfingstfeiertag vermittelt wird.

Vermischtes.

Schweres Eisenbahnunglück. Dirschau, 20. Mai. Heute mittag entgleiste auf der Strecke Samentau-Sturz ein aus 30 Wagen bestehender Arbeitszug. Drei Personen wurden getötet, neun schwer und zwanzig leicht verletzt. Unter den Getöteten befindet sich ein Chauffeur-Aufseher, unter den Schwerverletzten ein Bahnmelder, die übrigen Toten bezw. Verletzten sind Arbeiter. Ursache der Entgleisung ist eine Senkung infolge Unterwühlens des Geleises. Ein sofort nach der Unfallstelle abgeandter Hilfszug brachte die Schwerverletzten nach Dirschau. Der Materialschaden ist bedeutend.

Grubenunglück. Sibao, 20. Mai. In einer hiesigen Grube explodierte gestern eine Dynamitpatrone, wodurch ein Erdbeben hervorgerufen wurde. Zahlreiche Arbeiter wurden verschüttet; die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt.

Eine Stadt durch Feuer zerstört. Wie dem „Morningleader“ aus St. Jean (New Foundland) gemeldet wird, ist das Städtchen Little Bay durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört worden. 500 Häuser, darunter sämtliche öffentlichen Gebäude, wurden ein Raub der Flammen.

Der Reichsvater der Kaiserin Eugenie. In Paris ist am 16. d. M. eine der interessantesten Persönlichkeiten des zweiten Kaiserreichs, Maria Bernhard Bauer, ehemalige Königin und Reichsvater der Kaiserin Eugenie, 74 Jahre alt gestorben. Das „Neue Wiener Tageblatt“ teilt aus seinem Lebenslauf folgendes mit: In Ofen-Pest als der Sohn einer reichen jüdischen Familie geboren, hatte Bauer eine stürmische und bewegte Jugend, die ihn nach Unterbrechung seiner Studien im Jahre 1848 nach Paris und unter die Truppen Cavaignacs führte. Er trat dann zum Katholizismus über und vollendete die theologischen Studien in Frankreich, Deutschland und in Wien erwarb er sich einen Ruf als ein ungewöhnlicher Kanzelredner, der in geistvoller und moderner Form die religiösen Gefühle seiner Zuhörer zu wecken wußte, und dieser Ruf war so groß, daß Bauer 1866 die Einladung erhielt, als Fastenprediger an den Hof Kapoleons III. zu kommen. Seitdem blieb Bauer, zum Abbé und später zum Monsignore als Ehrenkanonikus der

Diözese der Bretagne ernannt, am Hofe der Tuilerien, an dem er schon wegen seiner Eigenschaft als Reichsvater der Kaiserin eine einflußreiche Stellung einnahm. In jener Zeit war auch in seiner äußeren Erscheinung Monsignore Bauer eine modernisierte Auflage des Abbés und Monsignores des Hofes von Versailles im 18. Jahrhundert. Er war der Eleganz im Priestertum, das dunkle Haar stets wohlfrisiert und parfümiert, das ganze Wesen etwas geziert und gepuzt. Auch den Monsignore Bauer stürzte der Krieg von einer Höhe, die von vielen beneidet wurde. In den Anfangstagen der Krieges nahm er auch namhaften Anteil an der Leitung der von der Pariser Presse aufgestellten Ambulanzen, doch kurz nach dem Friedensschlusse erregte die Nachricht, daß Bauer den geistlichen Stand verlassen habe, um sich in Vergessenheit zu werfen, das größte Aufsehen. Seither geriet er immer mehr in Vergessenheit. Erst im Juni 1890 erinnerte sich seiner die große Öffentlichkeit wieder, als die Nachricht bekannt wurde, daß er sich mit einer Sängerin, mit der er schon lange Beziehungen unterhielt, vermählt habe.

Briefkasten der Redaktion.

B. in G. Senden Sie sich an den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (Abteilung Straßenbahner), Berlin, Engelvorst. 15.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenkronde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

1878. 1.—3. Solche Verhandlung findet in der Regel unter vollem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. 2. Die geringste Strafe besteht in sechs Monaten, wenn nicht etwa ein Versuch vorliegt. Die Strafe ist nach eingetretener Rechtskraft des Urteils anzutreten. — **W. S. 2000.** 1. Ja. 2. Sie müssen Ihre Forderung durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht einbringen. — **E. Reinholdsdorf.** 1. Zustimmung der Kaiserliche Ernennung ist erforderlich. 2. Rein. 3. Ja. — **M. S. 26.** Das ist nicht strafbar. — **S. P.** Titel wie verlangt oder dergleichen dürfen Sie nicht führen, der freien Ausübung der Zahnheilkunde steht sonst nichts im Wege. — **H. P.** Ist die Ehe nicht bereits von dem andern Vater erfüllt, so sind die Zahlungsverpflichtungen. — **H. W. 55.** G. J. 10. Wette. Rein. — **W. K. 7.** Klagen Sie schleunigst beim Amtsgericht Berlin II, Hallesches Ufer 23, auf Zahlung des Lohnes. Verjährung tritt in 2 Jahren ein. — **H. K. 32.** 1. Es ist keine polizeiliche Genehmigung, sondern lediglich eine Anmeldung erforderlich. 2. Rein. — **J. S. 43.** 1. Die Urkunde ist von einem Notar oder einem Gericht auszustellen. 2. Zwischen 14 und 25 Raaf werden als angemessen erachtet. 3. Ja. — **G. S. 20.** 1. Der Richter ist im Recht. 2. Rein. Unterschlagung liegt in dem von Ihnen geschilderten Sachverhalt keineswegs. — **Rechtlich 1000.** 1. u. 2. Rein. 3. Grundbesitz hat der Vater nicht zu ererben. Der Anspruch auf Rückzahlung des Geldes erlischt in einem Jahre nach gelöstem Verfall. 4. Ja. — **C. H. 1.** Ja. 2. Das ist keine Armenunterstützung. — **H. P. 1.** Ja. 2. Der Inhaber ist zu verklagen. 3. Ja. — **G. S. 50.** Sie müssen warten. Vergehende auf Steuerreklamationen hin ergeben oft erst nach einem halben Jahre. Wird der Reklamation stattgegeben, dann wird die zu viel erhobene Steuer zurückgezahlt. — **Arthur K. Rein:** nach der bestehenden Rechtsprechung kann die Annullierung des Kindes erzwungen werden. — **S. S. 60.** Nach erfolglosem Sühneversuch beim Amtsgericht wenden Sie sich unter Vorlegung des Sachverhalts (Angabe der Beweismittel und des Scheidungsgrundes) unter Vorlegung des Scheins an das Landgericht mit dem Antrage, Ihnen das Armenrecht zu bewilligen. — **M. 18. 7.** Die Leihungszeit ist vorbei.

Oris-Krankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe.
Am 19. Mai verstarb unser Mitglied, der Sattler
Bernhard Knuth.
(Werkstatt von Franz Bitter.)
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 21. (Gimmelfahrt), nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes, Kirsdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.
274/1 B. u. G. Werner.

Verband der Sattler.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 19. Mai 1902 verstarb unser Mitglied
Bernhard Knuth.
(Werkstatt von Franz Bitter.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 21. Mai er. (Gimmelfahrt), nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes, Kirsdorf, Mariendorfer Weg, aus statt. 157/8
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter Sektion Berlin II. Todes-Anzeige.
Am 17. d. M. verstarb unser Kollege, der Flaschenkeller-Arbeiter
Wilh. Laabs
(Böhm. Brauhaus)
im Alter von 23 Jahren an der Proletariatskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 21. d. M., nachm. 5 Uhr, vom Trauerhause Landsberger Allee 49, nach dem Auferstehungs-Kirchhofe (Weihensee) statt.
Um rege Beteiligung ersucht
14915
Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für [98/14*]
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

Otto Grundmann
draht. Naturheilkundiger
Köpenickerstr. 72. 11-2, 6-8.
Charlottenburg, Berliner-Str. 40. 8-9.

Herren-Kragen,
— reinleinen, garantiert 4fach, —
verschiedene Jacqons in allen Weiten,
Silk 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.
— Geschlossene Kragen —
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.
Wanitzschen, Prka, garant. 4fach
1/2 Dutzend 1.80 Mk.,
Oberhemden, Servietten, Kravatten,
in größter Auswahl, Trikots, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.
Detailverkauf zu Engrospreisen.
Ernst Marcuse, Wünnstr. 23.

Verlag von Max Richter, Berlin 50. 26.
Soblen erschienen: Preis 1 Mark.
Die Harnleiden,
ihre Verhütung,
Behandlung
u. Besetzung v.
Berlin.
Dr. med. Schaper,
Königsplatz 27.
Homöop. Arzt, spec. für Haut- u.
Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Schlennige
Räumung der Lagerbestände
in Herren-Stoffen
für Anzüge, Paletots, Kinder-
anzüge usw. beachtlich 15272*
Koch & Seeland
Tuchfabrik-Niederlage
Berlin O., Rosstr. 2.

Land 2 Mark
300 Acker, nur mündlich, verkauft
Hinsche, Wilmannsstr. 1. 10132*

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel
vollständig vernichtet. 50 Pf. und
1 M. Übers. Schwaben, Russen,
Franzosen, Blattläuse etc. Schachtel
30, 60 Pf. u. 1 M. Zahlreiche An-
erkennungsn. 14642*

1000 Mark Belohnung
gäbe demjenigen, der mir einen Nicht-
erfolg nachweist. Nur allein echt
bei **Hugo Barth,** Drogerie, jetzt
Brannenstr. 14, früher Nr. 18.

Marquisen,
Wetterresistent, Zelle, Jalousien,
weiteren gut und dauerhaft zu den
billigsten Preisen 16062*
Stawinski & Schulz,
Berlin NO., Döblichstr. 29.

Die bestkennenden 14962
Bruchbänder und Leibbinden
liefert **A. Reiche,** Gendarmstr.
Schubertstr. 15.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Herren-Moden
elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Halensee.
Ausflügler und Radfahrer-Station
bist am Bahnhofs 16102
Kurfürstendamm-Stecherhölle
post H. Hebold.

Fichtenau. Station Fichtenau ist
teilungshalber eine Ban-
stelle (post) u. verf. in der
Waldstraße, Off. „Streit“, Postamt 70.

Feste Preise.

D. Perleberg

Chausseestrasse 57

Teleph. Amt III 8418. Eckhaus Liesenstrasse. Gegründet 1867.

Eigenes Geschäftshaus in grösstem Massstabe des Nordens für 1546L*

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Bedeutendste Auswahl in fertiger Garderobe vom billigsten bis zu den besten Genres in elegantester Ausführung für jede Grösse vorrätig am Lager.

Steter Eingang von Stoff-Neuheiten

des In- und Auslandes für Mass-Anfertigung.

Dieselbe steht unter Leitung erster Kräfte.

Geschäfts-Princip:

feste Preise. Eigene Anfertigung. Coulaute Bedienung. franco-Versand.

Feste Preise.

Billigste, beste

Stroh Hüte

Binsen-Hüte



crémefarben mit schwarzem Band 85 Pf.

Schuppen-Hüte



crème Geflecht mit schwarzem Band 1.10 80 Pf.

Kniff-Hüte



Enorme Auswahl in Facons und Farben 3.75 1.75 2.75 65 Pf.

Dickstroh-Hüte



Englische Moden mit dreifachem Rand 1.50 Mk.

Palm-Hüte



Weisses feines Geflecht durchbrochen 2.00 Mk.

Grüne Herren-Joppen 85 Pf. | Schwarze Lüster-Jackets 2.25 Mk.

Baer Sohn

Special-Haus grössten Massstabes für Herren- und Knaben-Kleidung.

Chausseestrasse 24a-25 11 Brückenstrasse 11
20 Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 21^{te} Preisliste 1903 wird kostenlos versandt.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort, das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Vanilgehalt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstrasse. Greif-Apothek., Bismarckstrasse 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 954L*

Stralau. Alte Taverne.

Inhaber: Christian Schröder.

Jeden Sonntag und Dienstag: Großer Ball.

Empfehle meinen großen Saal und Garten für Vereine und Fabriken zur Abhaltung von Festlichkeiten. 1523L*

Die Anerkennung,

die unsere Fabrikate in Berlin und Umgegend gefunden, und die dadurch steigenden Umsätze haben uns bewiesen, daß wir die richtige Bahn betreten und wie bis jetzt auch ferner bei der Fabrikation auf reelle Stoffe, prima Arbeit und elegante Ausstattung streng halten müssen. Wir haben die so beliebt gewordenen Herren-Kleidungsstücke wiederum in tadelloser Ausführung herstellen lassen und offerieren, so lange untenstehende Quantitäten reichen,

Marke „Courant“ 1500 Stück.

Dieser vornehme Frühjahrs-Sommer-Paletot besteht aus feinem Leinwand, weiches Rayon, Oberstoff (auch schwarz-weiss gemischt), prachtvoll gearbeitet, modernes Façon, mit geraden oder schrägen Taschen, sämtliche Nähte zweimal gesteppt, gediegene Futter, mit Bündel etc., für normale oder anormale Figuren passend, in Verarbeitung II 17.— Mk.; derselbe Paletot, extra fein ausgestattet, in Verarbeitung I (Nah ersiehend) 25.— Mk.

Marke „Favorit“, Marke „Imperial“

1200 Stück.

1100 Stück.

Jodett-Anzug aus modernem, schwarz und weiss gemustertem oder graumeliertem, halbdavem, Cheviot, gediegene Futter, einmal gesteppt, geschlossenes Façon, mit geraden od. schrägen Taschen 18.— Mk.

Diese Kleidungsstücke sind auch für starke Herren vorrätig; Bestellungen nach Maß werden auf unser Risiko und ohne Übernahme-Pflicht angefertigt. 1409L*

Die Preise sind unbedeutend höher als Lager.

Knaben-Anzüge und Paletots, für jedes Alter. Bis Pfingsten Extra-Preise. Hausjoppen aus graumeliertem Cheviot. Gelegenheitskauf. 2.— Mk. Einzelne Modelle sehr preiswert, besonders in Gehrock-Anzügen.

Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Ueberbortelung ausgeschlossen. Garantie für vornehmen, eleganten Sitz.

Deutsche Compagnie Heitinger & Co.

Berlin, Oranienstrasse No. 40/41.

Das beste Metall-Putzmittel

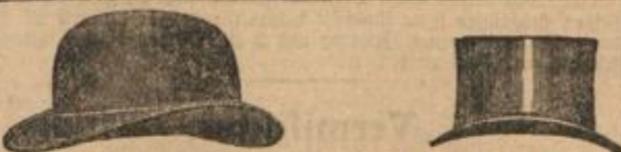
ist und bleibt

Amor

Metall-Putz-Glanz

Überall zu haben in Dosen a 10 Pf.

Achtung auf Schutzmarke „Amor“. 902L*



Dieser feste, schwarze Gut mit Futter, Cylinderhüte und Chapeau claque moderne Form, kostet 1,90 Mk.

Special-Hut-Engros-lager.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen

im Comptoir Neue Königsstr. 48, 1 Treppe, drittes Haus von Alexander-Platz. Grösste Auswahl, ansehnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1,50, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2,50, extra M. 3.—, beste Qualität M. 4,50.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Centrale Invalidenstr. 160, Filialen: Goldbammerstr. 35, Tauentzienstr. 7a a. d. Lützowstrasse, Bismarckstr. 18, Belle-Alliancestr. 107, Oranienstr. 31, Reichardtstr. 20, Brunnenstr. 92, Frankfurterstr. 115.

8, 12, 15—30 Mk. Fertige Betten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene. von 22,50 Mk. an.

Fritz Leisegang, Chausseestrasse 123, am Oranienburger Thor.

Brennabor- u. Möwe-Räder

billigst. — Grosse Reparatur-Werkstatt. Sämtliche Zubehörteile zu konkurrenzlosen Preisen.

Cognac selbst zu bereiten!

Rezept: 1 Originalflasche Reichels Echten Cognac-Extrakt für 75 Pf., 1 Ltr. feinsten Weingeist 96% (Spir. vini) für 1,40 M. und 1 1/4 Ltr. Wasser vermischt, giebt fast 2 1/2 Ltr. Cognac von vollem, naturreinem Geschmack u. feingeistigem Bouquet, der nach ruhiger Lagerung an Feinheit und Milde noch bedeutend gewinnt und dieselben Bestandteile enthält wie französischer Cognac. Extra-Quantität: Reichels Echter Cognac-Extrakt *** fine Champagne Mk. 1,25.

Reichels Eierecognac-Extrakt, Fl. 75 Pf., gibt feinsten von grösster Reinheit u. köstlichem Geschmack.

Man prüfe und urteile selbst!

Ein Versuch zeigt die ungeahnte Ersparnis. Glänzend begutachtet von Sachverständigen und Fachmännern!

Original-Reichel-Essenzen „Lichter“.

Natürliche Destillate und Extrakte in höchster Vollkommenheit.

Nachweislich Beste u. Bewährteste im Gebrauch. Billigste zur schnellen Selbstbereitung v. Rum, Arac, alter Liqueure etc. und leichten. In Deutschland unerreich!

Tausende begeisterte Anerkennungen erbringen den Beweis. Nur in Originalfl. mit Gebrauchsvorschrift für ca. Ueber 200 Sorten. 2 1/2 Ltr. 25, 40, 50, 60, 75 Pf. etc. Je n. Sorte. Wiederholt prämiert mit der „Goldenen Medaille“ und dem „Höchsten Preise“ ausgezeichnet.

Die Destillierung im Haushalte völlig kostenfrei.

Otto Reichel, Berlin SO. Eisenbahnstr. 4.

Grösste deutsche Specialfabrik.

Niederlagen in ganz Deutschland. Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.

Zu haben in allen Droguerien und Apotheken. Um sich gegen Nachahmungen zu schützen, verlange man ausdrücklich Reichel-Essenzen mit dem Lichter und nehme keine andern.

Es giebt keinen Ersatz dafür!



Bergschloss-Restaurant Waidmannslust.

Schönstes Lokal an der Nordbahn. 5000 Personen fassend. Allen Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. 1324L*

Restaurant Ernst Rentner.

Tegel, Berlinerstr. 87. Den Berliner Forstgenossen und Ausflüglern bestens empfohlen. Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt. 1326L*

Neunte General-Versammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine.

Dresden, 19. Mai 1903.

Am 2 1/2 Uhr wird die General-Versammlung von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Kalliofen, erster Geschäftsführer des Konsumvereins in Dresden, eröffnet.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird K. H. Mann-Drauschweig zum Schriftführer gewählt.

Dr. Borth, Mitglied des englischen Genossenschaftsbundes und Vertreter der schottischen Großeinkaufs-Gesellschaft, begrüßt die Entwicklung der deutschen Großeinkaufs-Gesellschaft mit großer Freude.

Hanjen, Vertreter der dänischen Großeinkaufs-Gesellschaft, weist auf die großen Erfolge derselben hin; 1902 hatte sie beinahe 17 Millionen Kronen Umsatz und 650 000 Kronen Reingewinn.

Dr. Munding überbringt die Grüße des Verbandes der Schweizerischen Konsumvereine.

Exner-Wien begrüßt die Versammlung als Vertreter des Verbandes der Arbeiter-Gründer- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Zum Geschäftsbericht erhält nunmehr das Wort der Geschäftsführer Herr Scherling; Der Umsatz im Jahre 1902 ist auf über 2 1/2 Millionen Mark gestiegen, gegen das Vorjahr um 6 1/2 Millionen Mark.

Der Revisionsbericht des Revisors Heins-Wremen hatte Mängel in der Geschäfts- und Buchführung nicht zu rügen.

Nach kurzer Diskussion, an der sich Piepmann-Mainz und Pohl-Mühlheim beteiligen, werden die Jahresrechnungen genehmigt, die Geschäftsführer entlastet und die Verteilung des Reingewinnes nach den Vorschlägen der Geschäftsführer beschlossen.

Zwischen ist die Wahlliste festgestellt. Von 182 stimmberechtigten Vereinen sind 134 stimmberechtigende Delegierte anwesend.

Die Beratung der Abänderung des Gesellschaftsvertrages und des Statuts wird am morgen vertagt und noch die Ergänzungswahl für die auscheidenden Aufsichtsrats-Mitglieder vorgenommen.

Mit der Generalversammlung ist zum drittenmal eine Waren-Ausstellung verbunden, die in den Räumen des Volkshauses in geschmackvoller Weise untergebracht ist.

Dresden, 20. Mai 1903.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Kalliofen eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Zunächst wird das Resultat der gestrigen Abstimmung für die Wahlen zum Aufsichtsrat bekannt gegeben. Abgegeben sind 131 Stimmzettel; gewählt sind K. H. Mann-Drauschweig mit 121, Postel-Hamburg mit 109, Herbert-Sietlin mit 94, Kie-mann-Chernitz mit 92, Fischer-München-Sendlingen mit 70, Karlus-Barmen mit 74 Stimmen.

Nunmehr wird in die Statutenberatung eingetreten. Beteiligte Meinungen bestehen über die beiden §§ 11 und 16, die miteinander in Zusammenhang stehen und deshalb vereint behandelt werden.

§ 16 will das Stimmrecht anders regeln; gegenseitig besitzt jeder Verein eine Stimme. Der Entwurf schlägt ein Stimmrecht nach dem Umsatz bei der Gesellschaft in der Weise vor: Jeder Geschäftsführer hat eine Stimme; die Zahl der Stimmen erhöht sich um eine, wenn die Warenentnahme den Betrag von 100 000 M. übersteigt bis zu dem Betrage von 200 000 M.; für je weitere 400 000 M. Warenentnahme erhält jeder Geschäftsführer eine weitere Stimme.

Der Berichterstatter v. Elm führt aus, daß bei einem Stimmrecht nach dem einfachen Mehrheitsprinzip nach der Mitgliederzahl in den Vereinen 41 größere Vereine mit 378 Stimmen 206 kleinere mit 810 Stimmen majorisieren könnten; auch bei einem Stimmrecht nach dem Umsatz würden sie mit 118 Stimmen gegen 54 die kleineren majorisieren können.

Landgraf-Kimbach zieht den Antrag auf Verdoppelung des Kapitals zurück.

§ 16 wird in der alten Fassung, jeder Verein hat eine Stimme, angenommen; die Erhöhung des Kapitals nach § 11 wird in der von Drauschweig beantragten Fassung einstimmig angenommen.

Im übrigen wird das Statut im wesentlichen nach den Vorschlägen der Statutenberatungs-Kommission genehmigt.

Es folgen weitere Dank- und Schlussreden; der Vorsitzende schließt die Verhandlungen mit dem Wunsche, daß die geleistete Arbeit der weiteren Entwicklung der Großeinkaufs-Gesellschaft förderlich sei.

Wahlversammlungen.

Eine Wahlerversammlung für den dritten Wahlkreis tagte am Dienstag in den „Arminhallen“. Der Kandidat des Kreises, Genosse W. Heine, referierte. Der Vortrag, in dem der Redner auch das Vorgehen der verschiedenen Parteien, namentlich der Freisinnigen und Antisemiten, einer treffenden Kritik unterzog, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Ein Herr Streseman gegen Heine, indem er den Militarismus und die dadurch verursachte Belastung des arbeitenden Volkes als notwendig zu rechtfertigen versuchte. — Sodann schloß ein Parteigenosse den Verlauf einer freisinnigen Versammlung im dritten Wahlkreise, in der die Sozialdemokratie und deren Kandidat in der ordentlichsten Weise beschimpft worden sind.

Eine Wahlerversammlung für den vierten Wahlkreis fand am Dienstag im Lokal „Sandhous“ statt. Saal und Galerien waren voll besetzt. Der in Aussicht genommene Referent Pfannkuch war verhindert, da er dieser Tage mehrere Versammlungen in seinem Wahlkreise Magdeburg abzuhalten hatte.

Sechster Wahlkreis. Die Wahlerversammlung, die unsere Genossen zum 19. Mai nach der Kronenbrauerei einberufen hatten, erfreute sich eines noch zahlreicheren Besuches, als die vom letzten Freitag.

Die Beratung der Abänderung des Gesellschaftsvertrages und des Statuts wird am morgen vertagt und noch die Ergänzungswahl für die auscheidenden Aufsichtsrats-Mitglieder vorgenommen; das Resultat derselben wird in der morgigen Sitzung mitgeteilt werden.

Mit der Generalversammlung ist zum drittenmal eine Waren-Ausstellung verbunden, die in den Räumen des Volkshauses in geschmackvoller Weise untergebracht ist.

Zwischen ist die Wahlliste festgestellt. Von 182 stimmberechtigten Vereinen sind 134 stimmberechtigende Delegierte anwesend.

Die Beratung der Abänderung des Gesellschaftsvertrages und des Statuts wird am morgen vertagt und noch die Ergänzungswahl für die auscheidenden Aufsichtsrats-Mitglieder vorgenommen.

Die Beratung der Abänderung des Gesellschaftsvertrages und des Statuts wird am morgen vertagt und noch die Ergänzungswahl für die auscheidenden Aufsichtsrats-Mitglieder vorgenommen.

Die Beratung der Abänderung des Gesellschaftsvertrages und des Statuts wird am morgen vertagt und noch die Ergänzungswahl für die auscheidenden Aufsichtsrats-Mitglieder vorgenommen.

Die Beratung der Abänderung des Gesellschaftsvertrages und des Statuts wird am morgen vertagt und noch die Ergänzungswahl für die auscheidenden Aufsichtsrats-Mitglieder vorgenommen.

Gemenge von Verdrehungen, Fälschungen und wissenschaftlichen Unterstellungen Eugen Richterscher Methode gegen die sozialdemokratische Partei. Um mit Erfolg gegen die auch vom Freisinn unterstützte Reaktion zu operieren, müsse die organisierte Arbeiterklasse alles aufbieten, daß der 16. Juni ein Tag der Besiegung unfreies Programm und unfreier Ziele werde.

Im Ewinemünder Gesellschaftshaus tagte am Dienstag eine dritte Versammlung über den sechsten Wahlkreis. Der Referent Waldemar Manasse unterzog das Verhalten der gegnerischen Parteien einer vernichtenden Kritik und legte die Ziele der Sozialdemokratie dar.

Schneide. Hier tagte am Sonntag eine Volksversammlung, in welcher Genosse Albrecht Kalle-Berlin referierte. Er übte an den von allen Reichstagen dem arbeitenden Volke gegebenen Gesetzen eine scharfe Kritik, zeigte, daß alle jene sogenannten sozialen Gesetze dem arbeitenden Volke nicht das gebracht haben, was es erhoffte, und kam zu dem Schluß, daß nur eine starke und mächtige Organisation der ganzen arbeitenden Bevölkerung imstande sei, der herrschenden Klasse Respekt beizubringen und sie zu zwingen, der arbeitenden Bevölkerung eine menschenwürdige Existenz zu gewähren.

Teget. Am Freitag fand hier eine öffentliche Wahlerversammlung statt, in der Genosse Stadthagen über die Reichstagswahlreden sprach. Der Redner geißelte insbesondere die gerade in letzter Zeit besonders trüb hervorgetretenen Mißstände unfreies Militärsystems. Er beleuchtete die Schädlichkeit des Polltarifs und kritisierte das reaktionäre Junkerregiment. Fort mit solchen unwürdigen Zuständen, auf zum Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit, ohne Kampf kein Sieg, mit diesen Worten schloß Genosse Stadthagen unter stürmischen Beifall der Versammelten.

Zu Treptow tagte am 18. d. Mts. im Restaurant Ludwig eine öffentliche Wahlerversammlung, in der Genosse Jubeil eine feine Rede hielt. Zur Diskussion meldeten sich zwei Anhänger Eugen Richters, welche von mehreren Genossen und unserm Kandidaten Jubeil heimgelächelt wurden.

Friedenau. Am Montag fand eine öffentliche Versammlung im „Gesellschaftshaus“ statt. In derselben sprach Genosse Granwald über die Bedeutung der Reichstagswahlen, über die Tätigkeit unserer Partei während der letzten Reichstagsession und forderte zum Schluß seiner zweistündigen Rede auf, am 16. Juni nur einem wahren Volksvertreter die Stimme zu geben, damit die sozialdemokratische Partei, die Partei der Menschheit, zum Siege gelangt.

Schöneberg. In einer sehr gut besuchten Wahlerversammlung sprach am Dienstag Dr. Bernstein. In feiselnder Weise gab der Redner ein Bild von der Stellung Deutschlands und seiner Handelspolitik zu der Weltpolitik und der daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Verhältnisse der heimischen arbeitenden Bevölkerung.

Wittenwalde. Am vergangen Sonntag hielten unsere Parteigenossen eine großartig verlaufene Versammlung auf dem Wühlberge ab. Hatte auch das schlechte Wetter manchen, namentlich von den umliegenden Dörfern, abgehalten, der Versammlung beizutreten, so waren es doch über 400 Personen, die unter freiem Himmel hoch auf dem Berge den Worten unfreier Kandidaten Jubeil lauschten.

Witterungsübersicht vom 20. Mai 1903, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. u., Temp. d. n. u., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. u., Temp. d. n. u.

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. Mai 1903. Zunächst dieselbe Wetter, am Tage warmer bei mäßigen südlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 21. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus, Romeo und Julia.
Freitag: Die Meisterfinger von Nürnberg.
Schanzpielhaus, Der Geigenmacher von Cremona.
Freitag: Die Räuber.
Deutsches, Komma Hanna.
Freitag: Einmal Reinschen.
Berliner, Mt-Deibelberg.
Freitag: 100 000 Thaler.
Leffing, Der blinde Passagier.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Reizend, Lustige Ehemänner.
Vorher: Nach dem Balle.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Neues, Der g'rade Michl.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Westen, Dubarry.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Central, Madame Schera.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Thalia, Der Posaunenengel.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Hedda Gabler.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.)
Im weissen Rössl.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Belle-Alliance, D'Heanerin.
Hierauf: Seltene Auerh.
Freitag: Fingerringen. Hierauf: System Aubert.
Carl Weiss, Das Geheimnis des roten Hauses.
Nachmittags 3 Uhr: Dorf und Stadt.
Freitag: Das Geheimnis des roten Hauses.
Casino, Unser Goldjunge.
Bekanntes Schauspiel.
Nachmittags 4 Uhr: Freitagen und Fischen. Unteroffizier Lehmann. Spezialitäten.
Freitag: Unser Goldjunge.
Metropol, Neues! Unerneuetes!
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Apollo, Die Liebesinsel.
Spezialitäten.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Dantes, Der Freischütz.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Kleines, Nachtschl.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Trianon, Die Rotbrücke.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Wintergarten, Spezialitäten.
Freitag: Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Freitag: Stettiner Sänger.
Vossage-Theater, Spezialitäten.
Freitag: Spezialitäten.
Urania, Taubenstraße 48/49.
Das Land Tirol.
Zubalidenstraße 57/62, Sternmarie.
Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater
Täglich, abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Felz.
Sonntag, 24., nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
In erster Besetzung:
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Abends 7 1/2 Uhr, zum letztenmal:
Madame Sherry.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Posaunenengel.
Tanzparodien, Artisten-Revue.
Thielscher als Spreewälder-Amme.
Wochen: Dieselbe Vorstellung.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schwan in 3 Akten von A. Mars und Albert Barré. Deutsch u. Schönau.
Vorher: Nach dem Balle.
Schwan in 1 Akt nach D. Espanchen des A. Carrion von W. Loebel.
Wochen: folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Dienstag, 26., 12 Uhr mittags: Conference von Madame Sarah Bernhardt.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum 120. Male:
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern. Glanzvolles Ballett. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Ranchen überall gestattet.

Belle-Alliance-Theater.
Freigesprochen.
Hierauf: System Aubert.
Wochen: folgende Tage: Freigesprochen. Hierauf: System Aubert.
Im Sommergarten von 6 Uhr ab Doppel-Konzert. Spezialit. I. Rang:

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Die Rotbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröbe und Francis de Croisset.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.
Heute, Donnerstag, Anf. 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Josefine Delclieur
erregt allabendl. Lachsalven als Berliner Bäckerjunge.
Zaretski-Trio, Tänzer.
Cake Walk.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den vierten Monat den Kopf über **AGA!** die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

Castans Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
mit seinen unzähligen Sehenswürdigkeiten!
Neu! Princess Bohatcio, die Kolossal-Indierin aus Singapore.
Neu! Carlo Riego mit seiner ausgezeichneten Wiener Konzert-Kapelle.
Pythia, die hellseh. Dame.
Anthropos, der künstliche Mensch als Portraitschneider.
Cleo Otero, die Sandmalerin.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Strasse No. 14.
Heute Himmelfahrtstag: Eintrittspreis: **50 Pfg.**
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc. 2/4

Apollo-Theater.
Zum **Die Liebesinsel.**
16. Male:
Von Benno Jacobson. Musik von C. Stix.
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
● Grosses Post-Ballett. ●
Ferner: Die glänzenden Spezialitäten.
Kassenöffnung 6 1/2, Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.

Neues Theater
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Der g'rade Michl.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter-Strasse 132.
Nachmittags 3 Uhr. Parfett 60 Pf.:
Dorf und Stadt.
Abends 8 Uhr:
Das Geheimnis des roten Hauses.
Wochen: Das Geheimnis des roten Hauses.
Im Garten: Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr.

Casino-Theater
Lothringersstr. 37.
Heute nachm. 4 und abends 8 Uhr:
Extra Gala-Vorstellungen.
Unser Goldjunge.
Bekanntes Schauspiel.
Heute nachmittags 4 Uhr: Fritzhon u. Lieschen. Unteroffizier Lehmann. Dazu Auftreten sämtl. Spezialitäten.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Wildschütz.
Lustspiel in 3 Akten von Rodebusch.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Bei schönem Wetter: Vorstellung im Garten.

Bernhard Rose-Theater
Bodstrasse 58.
Donnerstag, den 21. Mai 1903:
Gastspiel von Fräulein Gisa Kraft:
Goldener Boden.
Grosse Hofse mit Orchest in 4 Akten von Leop. Ely und Carl Bezel.
Anfang 5 1/2 Uhr.

Stadt-Theater.
Alt-Neubau 47/49.
Die Seemannsbraut.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von F. Stille und Georg Engels.
Anfang 7 1/2 Uhr.
● Nach der Vorstellung: Tanz. ●

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Schauspiel in 4 Akten von H. Ibsen.
Freitagabend 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Sonnenabendabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Lustspiel in 3 Akten von D. Blumenthal und G. Kadelburg.
Freitagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Sonnenabendabend 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Prater-Theater
Anstalten-Allee 7-9. 12506
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Konzert und Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf., mauer. Platz 50 Pf.
Nächste Vorstellung Sonntag, den 23. Mai. Vollständige Größtmusik Sonntag, den 31. Mai (1. Feiertag).
Freitag, den 1. Juni (2. Feiertag): Frühkonzert und Vorstellung.
14976 **Kalbo.**

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Mlle. Lorraines, Lebende Bilder.
Sam Elton, Komischer Excentric.
Carlotta Kara, Creolische Sängerin.
Pantzer Brothers, Akrobaten.
Rakoczy, Ungarische Tantruppe.
Das Meistergesangs-Quartett.
Ralph Johnstone, Bicyclist.
Woodwards, dressierte Seelöwen.
Miss Diana, amer. Spiegeltänzerin.
Ballett und „Biograph“.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Auf allg. Verlangen:
Anna Pote, das Blumenmedium.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Sansouci.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach der Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.
Vereinsbeiträge gültig.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Bei günstigem Wetter im Garten.
Neues Programm.
I. a.: The Three Sisters Bellini und „Das neue Dienstmädchen“.
Wittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

Allen Freunden zur Nachricht, dass ich mein Schandgeschäft **Löschebrand** in Göttingerstr. 102a, nach der Wendenstrasse 3, verlegt habe. 16112
Max Brandt.

Achtung, Vereine!
Stelle den geehrten Vereinen meinen Garten und Saal mit guter Sängergesellschaft zu Sommerfestlichkeiten gratis zur Verfügung. 16042
Carl Eisermann, „Elysium“, Landsberger Allee 40-41.

Marienburg Geld-Lotterie.
Staatlich genehmigt. Ziehung 25. bis 27. Mai cr.
8840 Geldgewinne im Betrage von
355 000 Mark bar.
Die Hauptgewinne sind: 1524L
60 000, 50 000, 40 000, 30 000, 20 000 Mk. etc.
Lose a 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden auch gegen Nachnahme u. Briefmarken.
Werner & Co., Bank-Berlin W.
Geschäft, Friedrichstr. 190/199, Ecke Krausenstr. 14022*

Wilmersdorf, Wilhelmsau 112, Luisenpark.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: **Garten-Konzert.**
Grosses Instrumental-Konzert
ausgeführt von der berühmten Damenkapelle aus Thüringen unter Leitung ihrer Dirigentin Fräulein Hel. Hensel. — Anf. 3 Uhr.
Dienstag und Donnerstag: **Frei-Konzert.** Donnerstag: **Frei-Tanz.**
Grosser Ball. Musik der Hauskapelle mit verklärtem Damen-Orchester. Die Kaffeelücke ist geöffnet.
Heinrich Meyer. [14022*]
Zwei neu renovierte Regalbahnen.

Freie Volksbühne.

3 Opern-Extravorstellungen
im Berliner Theater, Charlottenstrasse, nachm. 2 1/2 Uhr, an folgenden Sonntagen:
7. Juni: **Der Wildschütz.**
14. Juni: **Die lustigen Weiber.**
21. Juni: **Das Glöckchen des Eremiten.**
Opernmarken gelangen nur für Mitglieder a 1 Mark (inkl. Heft und Garderobe) in den Zahlstellen zur Ausgabe.

Zur Ausstellung der **Secession** erhalten Mitglieder Einlasskarten zu ermässigten Preisen, 25 Pf. à Person:
Norden: Zahlstelle 1. Beyer, Veteranenstr. 13.
Osten: Zahlstelle 12. C. Vogel, Koppenstr. 83 (Schlesischer Bahnhof).
Süden: Zahlstelle 20. G. Schulz, Admiralsstr. 40a.

Sonntag, den 24. Mai cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater. 12/13. Abteilung.
Johannisfeuer. 9/10. Abteilung.
Metropol-Theater. 9/10. Abteilung.
Im Hinterhaus.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Am Königsthor. **Schweizer-Garten.** Am Friedrichshain.
Donnerstag, den 21. Mai **Garten-Konzert**
Sonntag, den 24. Mai **und Extra-Vorstellung.**
Von Pfingsten ab: 15382*
Täglich: Grosse Vorstellungen
Am 1. u. 2. Pfingst-Feiertag: Früh-Konzerte u. Vorstellungen.

Hasenheide Neue Welt Arnold Scholz
108-114
Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrtstag):
Grosse Spezialitäten-Vorstellung
Auftreten von **Kunstkräften ersten Ranges.**
Elite-Konzert
ausgeführt von der 30 Mann starken Hauskapelle unter Leitung ihres Kapellmeisters Herrn Berthold Both. 1573L
Anfang 4 Uhr. Von 4 Uhr ab: Entree 25 Pf.
Familien-Ball bei stark besetztem Orchester.
Kaffeelücke. 3 Kegelbahnen. Rutschbahn.
Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im grossen Saale statt.

Ernst Höflichs
Konzert-Garten und Ball-Salon.
Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120.
Jeden Sonntag: **Grosses Elite-Konzert.**
Im Saal: **Grosser Ball.**
Anfang 4 Uhr. Jeden Mittwoch: **Tanz-Reunion.**
Der geehrten Vereinen empfehle ich mein Lokal zur Abhaltung von Festlichkeiten.
Ernst Höflich.

Mente's Volksgarten
Lichtenberg, Roederstr. 35/36 (Ruh-Eingang) (Randsberger Chaussee)
25 000 Personen fassend. 8900 Sitzplätze.
Sehenswerthes Etablissement mit Promenaden-Park.
Himmelfahrt: **Grosses Konzert.**
Heute: **Feuerwerk u. Ball.**
I. Pfingstfeiertag: **Doppel-Konzert.**
II. **Hamburger Sänger u. Konzert.**
III. **Konzert Otto Görner.**
Feuerwerk an allen drei Feiertagen.
Für 4500 Personen verdeckte Hallen und Zelte. Kaffee-Rüche. Drei verdeckte Regalbahnen. Volksbelustigungen aller Art. 8636
Anfang: Sonntags 4 Uhr, wochentags 5 Uhr. Eintritt: Sonntags 10 Pf. Kinder frei.
Der Besitzer: **H. Mente** (früher im „Böhmischen Brauhaus“).

Spandau, Pichelsdorferstr. 39. Haltestelle der elektr. Bahn.
Neu eröffnet! Neu eröffnet!

„Flora“
Restaurant, Garten, großer Tanzsaal mit Parkettboden.
Heucheliche Beleuchtung. 15902*
Donnerstag, 21. Mai, Himmelfahrtstag,
sowie jeden Sonntag von 4 Uhr ab:
Grosser Ball bei großem Orchester.
II. Weissbier, vorzüglich gepflegte Biere, reichhaltige Spelseekarte. Familien können Kaffee kochen.
Wiss! Bei Ausflügen nach dem Grunewald, Zieswerder, Pichelsberge, Pichelsdorfer, Pichelsdorf, sowie zur Abhaltung von Festlichkeiten, Versammlungen etc. halte ich den geehrten Vereinen bestens empfohlen.
Um gütigen Zuspruch erlaube ich mich zu bitten.
Emil Koepnick.

Das **Früh-Konzert** am 1. Pfingstfeiertage bei **Max Kliem, Hasenheide, findet nicht statt.**
Allen Freunden und Gönnern der Vereine 14836
Kreuzberger Harmonie, Tonblüte und Süd-Ost II
zur Kenntnis, dass das **Früh-Konzert** am 1. Pfingstfeiertag nicht stattfindet, da Herr **Max Kliem** die gegenseitigen Abmachungen nicht inne hält.
Das Komitee.

Tuchstoffe
Paletstoffe — Cheviots, Reste sportbillig. **Molkenmarkt 12-13**
Tuchlager **Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.**

Letzte Woche!
Sonder-Verkauf
 einer **echter**
Plüsch-
Teppiche
Pult- u. Bettvorlagen
Pa. Qualität! (kein Axminster)
ca. 40 Proz. unter Preis!

130x200 cm M. 12,30 (bish. 19,50)
 165x230 " " 19,80 (" 33,00)
 200x300 " " 30,85 (" 56,00)
 250x350 " " 40,50 (" 78,00)
 55x120 " " 3,15 (" 5,00)
 65x135 " " 4,25 (" 6,75)

soweit der Vorrat reicht.

Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158.
 Nach auswärts p. Nachnahme.

Katalog 1903 mit circa 600 Illustrationen auf Wunsch gratis u. franco.

Zum Ausverkauf gestellt: Porzellan-Handschuhe (Reinheit der Fasern) 0,20, Halb-Handschuhe 0,15, porz. mit Daumen und Druckknopf 0,30, Glas-Handschuhe 0,15, Glace-Handschuhe 0,50 an, Schweden und Leinen 0,40, Herren- und Damenstrümpfe 0,10, schwarz gestreifte Damenstrümpfe 0,25, leinene Taschentücher 0,12, elegante Korsetts jeder Façon 1,10, Seiden-Rococo-Hemden und -Hosen 0,90, Schirme, Strawhats, Damenschleifen usw. sehr preiswert. D. W. H. Spandauerbrücke 1b, eine Treppe. Kein Laden. Nähe Bahnhof Borsig. 16748*

Wichtig
 für **Lotterie-Spieler!**
 Interessante Vergleichs-Statistik sämtlicher Staats-Lotterien, amtlich festgestellt. In bezug gegen Einwendung von 10 Pf. Marke durch 10012*

Max Lippold,
 Mainz, 4.

Max Brinner,
 Jerusalemstr. 42 u. Brunnenstr. 6.
 Grobartige Auswahl von **Kinder-, Sport- und Puppenwagen.** Best. fabrikat billigst. Teilzahlung gestattet.

Berliner Spar- und Bauverein
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
 Bilanz am 31. Dezember 1902.

Aktiva.		Mark
1. Grund- und Boden-Konto 1		57 787,50
2. Bau-Konto 1		160 500,—
3. Grund- und Boden-Konto 2		56 292,50
4. Bau-Konto 2		160 500,—
5. Grund- und Boden-Konto 3		32 835,—
6. Bau-Konto 3		88 000,—
7. Grund- und Boden-Konto 4		94 850,—
8. Bau-Konto 4		277 750,—
9. Grund- und Boden-Konto 5		94 190,—
10. Bau-Konto 5		207 900,—
11. Grund- und Boden-Konto 6		178 500,—
12. Bau-Konto 6		572 030,—
13. Grund- und Boden-Konto 7		200 000,—
14. Bau-Konto 7		19 895,05
15. Grund- und Boden-Konto 8		100 000,—
16. Bau-Konto 8		6 001,96
17. Inventar-Konto		300,—
18. Umlage-Konto der Siegfried Lepp-Schenkung		50 000,—
19. Wertpapier-Konto		57 779,95
20. Geschäftsguthaben bei der Deutschen Centralgenossenschaft		160,—
21. Bankguthaben		21 916,04
22. Resten-Bestand		19 560,08
	Ga.	2 556 738,08

Passiva.		Mark
1. Geschäftsguthaben-Konto		147 295,75
Bermehrung im Jahre 1902		24 756,80
2. Spareinlagen-Konto		172 052,55
3. Reservefonds-Konto		388 092,35
4. Siegfried Lepp-Schenkung		8 265,41
5. Schuldschreibungs-Konto		51 200,—
6. Schuldschreibungs-Konto		434,90
7. Hypotheken-Konto 1		142 000,—
8. Hypotheken-Konto 2		198 147,98
9. Hypotheken-Konto 3		200 000,—
10. Hypotheken-Konto 4		101 000,—
11. Hypotheken-Konto 5		318 000,—
12. Hypotheken-Konto 6		387 065,40
13. Restaufgeld-Grundstück 8		548 000,—
14. Creditoren-Konto		25 000,—
15. Reingewinn		13 717,05
	Ga.	2 556 738,08

Gewinnverteilung.
 3/4 Proz. Dividende auf Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1901 4 844,23
 Dem Reservefonds gutgeschrieben 918,21
Ga. 5 762,44

Mitgliederzahl.
 Am 1. Januar 1902 2515
 Eingetreten im Laufe des Jahres 1902 306
 2821
 Am 31. Dezember 1902 scheidend aus infolge Ausschlusses, Tod, Verzug und Aufkündigung 256
 Bestand an Mitgliedern am 1. Januar 1903 2565
 Die Haftsumme sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1901 770 100 Mk.
 Dieselbe hat sich vermehrt um 14 400 „
 Gesamt-Haftsumme am Schlusse des Geschäftsjahres 1902 784 500 Mk.
Der Vorstand. 14896
 1. Schmidt. Ernst Kofner.

Seidenstoffe.
 Weltbekannt ist unsere 1452L*
 Schwarze
Reinseidene Robe
 in glatt und gemustert
 10 Meter Mark 25,00.
 Seidenhaus
Pauldrach & Ott,
 II. Geschäft: Oranienstr. 153.
 Rosenthalerstr. 20-21.
 Man verlange Proben.

Carl Schmidt,
 Büsten-Fabrik,
BERLIN W.,
 Taubenstr. 23,
 empfiehlt seine
weitberühmten
Stoffbüsten
 für jede Körperform.
 Figur wie nebensteh.
 von 7 Mk. bis 50 Mk.
 Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme.
Katalog V gratis und franco.
 Man hüte sich vor werillosen Nachahmungen. 456L*

Besten Nordhäuser
 Eiter von 50 Pf. an, garantiert reines
 Schreibeprodukt. H. Plaqueux. [11732*
Martin Berndt, Ritter- u. Bringenstr. 123.

Westend-Charlottenburg.
 „Zur Holztrappe“, Spandauer Berg.
 Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.
 Haltestelle der Straßenbahn. 15002*
 Angenehme Familien-Unterhaltung.
 Kaffeezeitung ist von 2 Uhr ab geöffnet.
 Es ladet ergebenst ein **Karl Klambunde.**

Franz Gutschmidt, †120
 Berlin S. 59, Kottbuser Damm No. 8.
Cigarren, Cigaretten - en gros
 Vertreter der Cigarettenfabrik Charivari.
 Annahmestelle für kleine Anzeigen im „Vorwärts“.

Achtung, Töpfer!
 Freitag, den 22. Mai, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal),
 Engel-Ufer 15: 195/17
Grosse öffentliche Versammlung
 aller zum Organisations-Gebiet gehörenden Kollegen.
 Tages-Ordnung: 1. Die Anschuldigungen des Innungsvorstandes gegen Mitglieder des Gesellen-Ausschusses. 2. Gewerkschaftliches. Sämtliche Arbeitgeber sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Der Innungsvorstand wird schriftlich aufgefordert zu erscheinen.
Der Vorstand der Filiale Berlin.

Vorwärts-Buchhandlung
 SW., Lindenstrasse 69.
Unentbehrlich für Ausflügler!
 Spezialarten der näheren Umgebung Berlins.
 Bernau-Vielenthal, Ranke, Liepnitz und Bantitz-See 1,00 Mk.
 Budow am Eghemühl-See (Märkische Schweiz) nebst Führer 0,75 Mk.
 Cöpenick, Friedrichshagen, Holterdorf, Ermer, Schmödch, Königsmusterhausen-Nittental 0,75 Mk.
 Eberwalde, Freienwalde-Oderberg 1,25 Mk.
 Eberwalde, Jagdfloß Hubertus-Rod, Holter Chorn 1,00 Mk.
 Freienwalde und nächste Umgebung nebst Führer 1,00 Mk.
 Freienwalde, Briesen, Oberberg 1,00 Mk.
 Grunewald und weßliche Vororte Berlins 1,00 Mk.
 Potsdam, Stadtplan mit nächster Umgebung nebst Tourenverzeichnis 0,75 Mk.
 Potsdam und Werder 1,00 Mk.
 Spreewald m. praktischen Tourenführer 0,75 Mk.
 Strausberg und der Blumenthal 1,00 Mk.
 Tegel, Döllingener, Schälendorf, Hermsdorf, Papelehorn und Hakenfelde 0,75 Mk.

Konsum- und Produktiv-Genossenschaft Berlin-Rixdorf.
 Montag, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):
Ordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes.
 2. Vorschläge der Verwaltung auf Reorganisation.
 3. Statutenänderung.
 4. Ersatzwahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
 5. Anträge.
 *) Anträge der Mitglieder müssen bis zum 22. Mai in Händen des Vorstandes sein.
 Nur Mitgliedsbuch legitimiert.
 Werte Mitglieder! Wohl noch keine Generalversammlung ist von solcher Bedeutung gewesen wie diese, es ist dringend nötig und erwünscht, daß alle Mitglieder erscheinen.
 Vorschläge der Verwaltung, Statutenänderung betreffend, wolle man in den Verkaufsstellen verlangen.
Der Aufsichtsrat. 127/5
 Der Vorstand. E. Dufky.
 2. Breslauer. E. Dufky.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Die schönsten Herren-
 Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu, sowie speciell 1902L*
Monatsgarderobe
 v. Kavaliere zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede Hjt. pass., sind in gr. Ausm. stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
J. Wand, 1. Geschäft: Pringestr. 17, an der Wallfischgrabenstr.
 2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Andreasstraße.
 gequeme Fahrverbindung.

Größtes Kaufhaus des Nordens für Herren- und Knaben-Bekleidung
 12 Schaufenster Front 1380L*
 Grösste Auswahl, streng reelle Bedienung bei billigen, festen Preisen.
 Wer sich auf dieses Inorant bezieht, erhält 5 Proz. Rabatt.
Moritz Gross, Kastanien-Allee 42.

Raucht Manoli Cigaretten
 Weltausstellung Paris 1900 Goldene Medaille.
Ueberall zu haben. Fabrik Berlin S. 14.

196 Friedrichstrasse 196
 nahe der Leipzigerstrasse
 Permanente
AUSSTELLUNG
 der Gegenstände, die für
JASMATZI-COUPONS
 erhältlich sind.
 Besichtigung erbeten.
GEORG A. JASMATZI AKT.-GES.
 Grösste deutsche Cigarettenfabrik.

Leipziger Strasse 92.
Ausstellung moderner Kunststickereien
 von Schülerinnen unserer Unterrichtskurse
 gearbeitet auf der
Original-Singer-Nähmaschine
 vom 22. bis 28. Mai d. Js.
 Eintritt unentgeltlich.
 Wir erlauben uns zum Besuche dieser interessanten Ausstellung ergebenst einzuladen.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.,
 Berlin W., Leipziger Strasse 92.
 1579L

